

KOSOVO



**Bericht zur Lebenssituation von
aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali
und Angehörigen der Ägypter-Minderheit
im Kosovo**

Impressum

Stephan Dünnwald
Kosovo. Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma,
Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo

Frankfurt am Main, Oktober 2009

Herausgeber

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt am Main
Telefon: 069 23 06 88
Fax: 069 23 06 50
E-Mail: proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Spendenkonto 8047300

Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

Titelbild

Baracke von Rückkehrern aus Deutschland, Kovac, Montenegro

Inhalt

- 4 **Kürzel und Begriffsklärungen**
- 5 **Einleitung**
- 7 **Zur aktuellen rückkehrrelevanten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage im Kosovo**
- 10 **Schilderung der Lebensumstände abgeschobener RAE-Minderheitenangehöriger an ausgewählten Beispielen**
 - 10 **Vitimirice**
 - 12 **Mitrovica**
 - 15 **Prizren**
 - 16 **Fushe Kosova**
 - 17 **Montenegro, Kovac und Tuza**
- 20 **Schlussfolgerungen**
 - 20 **1. Latente und manifeste Unsicherheit für Roma-Minderheitenangehörige**
 - 22 **2. Die Bedeutung des sozialen Netzwerkes**
 - 24 **3. Keine Nachhaltigkeit von Reintegrationshilfen durch URA 2**
 - 27 **4. Möglichkeit zur Inanspruchnahme grundlegender Rechte**
 - 29 **Fazit**
- 30 **Nachtrag: zum Lagebericht des Auswärtigen Amtes**

Danksagung

Dieser Bericht wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen nicht möglich gewesen. All diesen Personen, allen voran denjenigen, die abgeschoben wurden, keine Veranlassung hatten, mit mir zu reden, und es dennoch taten, gilt mein Dank. Weiter möchte ich denjenigen danken, die mich im Vorfeld oder während der Recherche im September 2009 tatkräftig unterstützt haben: Dirk Auer, Iris Biesewinkel, Isen Bobaj, Jasna Causevic, Bernd Mesovic, Dirk Morlok, Avdula Mustafa, Kristen Stec, Barbara Stuart, Bekim Sylja, Sigmar Walbrecht und Karin Waringo.

Die Abbildung von Personen in diesem Bericht geschieht mit deren Einverständnis. Die Namen der Einzelfälle wurden geändert.

Stephan Dünwald, Oktober 2009

Kürzel und Begriffsklärungen

- BAMF:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ist im Kosovo vertreten durch zwei der Deutschen Botschaft zugeordnete Beamte, die Abschiebungen aus Deutschland koordinieren und asyl- und rückkehrrelevante Informationen für den Lagebericht des Auswärtigen Amtes zusammenstellen sowie Recherchen durchführen; das BAMF ist ebenfalls verantwortlich für das Projekt URA 2 zur Unterstützung von Rückkehrern.
- EULEX:** European Union Rule of Law Mission in Kosovo, Europäische Mission zur Unterstützung der Rechtssicherheit im Kosovo. EULEX unterstützt kosovarische Behörden in den Bereichen Regierung, Justiz, Polizei und Zollbehörden.
- IDP:** Internally Displaced Persons, Binnenflüchtlinge, die aufgrund der Staatsengründungen in jüngster Zeit nun in den an den Kosovo angrenzenden Nachbarstaaten leben. Ehemalige IDP-Projekte sind nun umgewandelt worden in Projekte zugunsten von Flüchtlingen aus der Region, im Gegensatz zu Flüchtlingen, die in westeuropäischen Staaten Aufnahme fanden.
- OSZE:** Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Nimmt in Kooperation mit UNMIK im Kosovo Verwaltungs-, Schulungs- und Monitoringaufgaben wahr.
- RAE-Minderheiten:** Roma, Ashkali und Ägypter (Egyptian): ethnische Minderheiten, die zu den Roma gezählt werden, und sich unterscheiden durch Selbstzuschreibung und Fremdzuschreibung. Zu den Fremdzuschreibungen zählt der unterschiedliche (sprachliche und kulturelle) Anpassungsgrad an die albanische bzw. serbische Bevölkerung im Kosovo.
- REAG/GARP:** Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany / Government Assisted Repatriation Programme, Rückkehrprogramm mit finanziellen Starthilfen, das von IOM im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und der zuständigen Länderministerien durchgeführt wird. Es soll der Steuerung von Migration dienen.
- UNDP:** United Nations Development Program, Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen. Hat die Federführung über zahlreiche Projekte im Kosovo, erstellt aber auch regelmäßige Surveys zu Wirtschaftsdaten und zu Einstellungen der Kosovaren.
- UNHCR:** Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, im Kosovo durch eine Zentrale und mehrere lokale field offices vertreten.
- UNMIK:** Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für den Kosovo: UNMIK hat in den letzten Monaten seine Präsenz deutlich reduziert und Arbeitsbereiche an die kosovarische Regierung und an EULEX übergeben.

Einleitung

Anlass dieses Berichts

Im Frühjahr 2009 ergingen Rundschreiben zahlreicher deutscher Innenministerien an die zuständigen Ausländerbehörden, noch in Deutschland lebenden Personen aus dem Kosovo, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen, die freiwillige Ausreise nahe zu legen und die Abschiebung anzudrohen. Am 15.09.2009 erfolgte von Karlsruhe/Baden Baden die erste Charterabschiebung, die zahlreiche Roma-Angehörige betraf, am 28.09.2009 eine zweite von Düsseldorf. Und dies, obwohl der UN Hochkommissar für Flüchtlinge in seinem noch immer gültigen Bericht von 2006 von Abschiebungen von Roma-Angehörigen in den Kosovo eindringlich abrät. Dies legt die Vermutung nahe, dass nicht die – weitgehend unveränderte – Lage im Kosovo, sondern allein die Möglichkeit, die nunmehr zuständige kosovarische Regierung zur Zustimmung zu Abschiebungen nun auch von Roma zu bewegen, ausschlaggebend ist für die derzeitige Praxis verstärkter Abschiebungen.

Unter solchen Umständen war es ein Anliegen von PRO ASYL, die Situation von Abgeschobenen genauer zu recherchieren und zu dokumentieren. Es existiert eine Vielzahl von Berichten zur allgemeinen, politischen, sozialen und ökonomischen Situation im Kosovo. Sie sind umfassend und aktuell. Allerdings sagen diese Beschreibungen wenig aus über die Potentiale Abgeschobener, unter meist widrigen Umständen eine relative (in manchen Fällen brutale) Gewalterfahrung und einen abrupten Bruch mit ihrem vorherigen Leben zu verarbeiten. Eine Bestandsaufnahme der Lebenssituation und Chancen Abgeschobener versprach Einsichten in die Möglichkeiten Abgeschobener, ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen zu führen.

Zur Relevanz des Berichts

Die im September 2009 durchgeführte Recherche umfasste den Besuch von 10 Familien mit insgesamt 47 Personen in den Orten Prishtina, Mitrovica (Nord und Süd), Vitimirice, Prizren, Fushe Kosova, Podgoriza (Montenegro) und Tuza (Montenegro). Schon bei der Vorrecherche wurde deutlich, dass zahlreiche in den Kosovo abgeschobene Personen nicht im Kosovo bleiben. Eine Ausweitung der Untersuchung auf zumindest eines der Nachbarländer des Kosovo erwies sich als sinnvoll, um Einblicke in die dortige Lebenssituation Abgeschobener zu bekommen und die Motive zu erfragen, aus denen Rückkehrer den Kosovo nach der Abschiebung wieder verlassen.

Dieser Bericht hat eine begrenzte Aussagekraft, da er auf Informationen nur zu einem guten Dutzend abgeschobener Personen beruht und insofern nicht als repräsentativ gelten kann. Allerdings ist herauszustellen, dass der Autor seit 2007 mehrfach intensive Untersuchungen zum Thema Rückkehr im Kosovo angestellt hat und über fundierte Kenntnisse und zahlreiche Kontakte verfügt, die es erlauben, die hier recherchierten Fällen in einen breiteren Kontext zu stellen. In die Bewertungen der Ergebnisse wurden zudem aktuelle Erkenntnisse u.a. des Danish Refugee Council (DRC) und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe einbezogen, die beide über langjährige Erfahrungen mit Rückkehrproblematiken vor Ort verfügen. Weiter wurden Gespräche mit den Rückkehrberatungsprojekten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) URA 2, der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg und der Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven (Heimatgarten), sowie Vertretern des Roma-Ashkali-Documentation-Center geführt.

Bewusst wurde angesichts einer nur kurzen Rechercheperiode auf das Einholen offizieller Stellungnahmen verzichtet. Zum einen gibt es zahlreiche Papiere, die sich auf verschiedene Aspekte von Rückkehr und Reintegration im Kosovo beziehen; zum anderen finden diese Papiere meist keine Entsprechung in der Wirklichkeit im Kosovo. Geldmangel der kosovarischen Regierung, gepaart mit Desinteresse und mangelnder Kompetenz, verhindern jegliche lokale Unterstützung und Reintegrationshilfe für Rückkehrer aus Westeuropa.

Unterstützung seitens internationaler Organisationen gibt es lediglich im Rahmen von Programmen, die sich jedoch ausschließlich auf die Wiederansiedlung und Reintegration von Flüchtlingen aus der Region¹ beziehen.

Unter den zahlreichen Papieren zur rückkehrrelevanten Lage im Kosovo kommt dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes besondere Bedeutung zu. Erkenntnisse zu Asyl- und Rückkehrfragen werden von einem Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der deutschen Vertretung in Prishtina zusammengestellt. In einem Nachtrag dieses Berichts wird deshalb gesondert auf diesen Lagebericht Bezug genommen werden, der neben richtigen Aussagen auch zahlreiche problematische Passagen enthält.

Besondere Beachtung findet auch das Projekt URA 2 des BAMF, das seit Jahresbeginn 2009 im Kosovo Abgeschobene und Rückkehrer unterstützt. Das Projekt setzt, mit anderer Finanzierung, einen Ansatz fort, der schon im Bericht »Angeordnete Freiwilligkeit« 2008 diskutiert und kritisch bewertet wurde. Insofern wird nur auf neuere Entwicklungen im Rahmen dieses Projektes eingegangen, und auch das nur, weil Ausreisepflichtige aus dem Kosovo regelmäßig auf das Projekt hingewiesen werden und Stellungnahmen deutscher Behörden und Innenministerien das Projekt als Unterstützung für angeordnete und zwangsweise Rückkehr empfehlen.

1 Hier handelt es sich um ehemals als IDP, Internally Displaced Persons, definierte Binnenflüchtlinge. Durch den zwischenzeitlichen Zerfall Rest-Jugoslawiens in Einzelstaaten und die Unabhängigkeit auch des Kosovo befinden sich diese Flüchtlinge nun nicht mehr in einer Binnensituation, sondern in den verschiedenen, den Kosovo umgebenden Staaten (v.a. Serbien, Montenegro, Mazedonien).

Zur aktuellen rückkehrrelevanten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage im Kosovo

Freiwillige und zwangsweise Rückkehrer aus Ländern Westeuropas werden im Kosovo mit einer Wirklichkeit konfrontiert, die das kleine Land auf eine Stufe mit zahlreichen Entwicklungsländern stellt: verbreitete Armut, vor allem auf dem Land, eine dominierende informelle Ökonomie, grassierende Arbeitslosigkeit, staatliche Strukturen, die aus notorischem Geldmangel heraus grundlegende Leistungen nicht oder nur defizitär erbringen können, eine Entlohnung öffentlicher Angestellter, deren geringe Höhe zu Korruption und »Under-Desk-Payment« einlädt.

Erheblichen internationalen Anstrengungen zum Trotz stagniert die ökonomische Lage im Kosovo auf niedrigem Niveau. Die Unabhängigkeitserklärung, in die viele Kosovaren große Hoffnungen gesetzt hatten, brachte nicht die erwartete Stabilität und Rechtssicherheit, auch die erhofften Investitionen blieben weitgehend aus. Entsprechend negativ werden die Perspektiven seitens der Kosovaren eingeschätzt.² Einige Sektoren der kosovarischen Wirtschaft, insbesondere das Baugewerbe, weisen dennoch große Wachstumsraten auf. Zahlreiche Personen (bzw. Familien) konnten hier prosperierende Unternehmen gründen. Gleiches gilt etwa für Supermarktketten und verschiedene Dienstleistungen. Gute Gewinne versprechen auch alle Unternehmungen, die direkt oder indirekt Leistungen für internationale Organisationen anbieten (die Palette reicht von Dienstleistungs- und Zulieferbetrieben bis zu Serviceeinrichtungen). Demgegenüber sind andere Wirtschaftszweige dauerhaft von Lähmung befallen. Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft, deren Produkte auf dem regionalen Markt kaum konkurrenzfähig sind. Über ehemals serbische Produktionsbetriebe spricht niemand mehr. Tatsächlich gibt es keine nennenswerte Produktion im Kosovo³.

Das politische System genießt wenig Vertrauen in der Bevölkerung, gilt als korrupt und ineffizient. Da kaum jemand Steuern zahlt, ist die Handlungsfähigkeit der Regierung wie auch der Kommunen extrem eingeschränkt. Es gilt als üblich, zumindest als weit verbreitet, dass man für Leistungen der Behörden Schmiergeld zahlen muss.

Die EULEX-Mission der Europäischen Union wird von weiten Teilen der Bevölkerung als unwillkommene Einmischung in kosovarische Angelegenheiten, teils auch als quasi-koloniale Fremdbestimmung empfunden. EULEX will insbesondere Defizite im Justizwesen beseitigen. Diese liegen offen zu Tage und werden in der Bevölkerung heftig debattiert. Einen guten Eindruck von der Ineffizienz und dem Unwillen der kosovarischen Justizbehörden gibt der OSZE Bericht über die Verfolgung der im März 2004 begangenen Straftaten gegenüber Serben und Roma, Ashkali und Ägyptern⁴. Nicht nur die Strafverfolgung, auch Zivilprozesse werden vielfach verschleppt und eine Verfahrensdauer von fünf oder mehr Jahren ist üblich. Dies ist insbesondere relevant bei Streitigkeiten über die Erstattung von Grund- und Immobilienbesitz. Es ist daher nahezu aussichtslos für Rückkehrer, den Rechtsweg einzuschlagen, um berechtigte Ansprüche durchzusetzen.

Die Medien können zwar weitgehend ungehindert arbeiten, sind jedoch weit entfernt von einer politisch unabhängigen Berichterstattung, sondern befinden sich in deutlicher Nähe zu den existierenden Parteien. Es gibt Fernseh- und Rundfunkprogramme für Minderheiten, doch unterliegen sie zahl-

2 Vgl. UNDP Early Warning Report No. 24, April 2009 http://www.ks.undp.org/repository/docs/FF_24_English.pdf

3 Vgl. UNDP (ed.) 2007: Private Sector Development. In: Development and Transition No.3

4 Vgl. OSCE Mission in Kosovo, UNMIK: Four Years Later: Follow up of March 2004 Riot Cases before the Kosovo Criminal Justice System. July 2008.

reichen (Selbst-)Beschränkungen und sind weit entfernt von einer unabhängigen und kritischen Berichterstattung.

Die Situation der Minderheiten ist gekennzeichnet durch eine weitgehende ethnische Separierung und Enklavenbildung. Innerhalb der Minderheiten gibt es eine deutliche Unterscheidung zwischen serbischen und RAE (Roma, Ashkali, Egyptian) Minderheiten. Die Aufmerksamkeit internationaler Organisationen wie auch kosovarischer Einrichtungen gilt in der Hauptsache den Belangen und Ansprüchen der serbischen Minderheit. Die zentrale politische Rolle der serbischen Minderheit in den Statusverhandlungen um den Kosovo spiegelt sich hier auf Regierungs- und Verwaltungsebene, sowohl bei den internationalen Organisationen als auch der kosovarischen Regierung wider. RAE-Minderheiten werden zwar peripher einbezogen, erfahren jedoch nicht im Entferntesten eine vergleichbare politische Aufmerksamkeit wie die serbische Minderheit im Kosovo. Dies betrifft



Prishtina: Im Viertel Velania lebten früher Serben, Roma/Ashkali und Albaner. Viele Häuser von Serben und Roma sind zerstört. Roma werden oft verdächtigt, an Plünderungen albanischer Häuser teilgenommen zu haben, und können nicht zurückkehren.

sechs unterschiedlichste Aspekte. So ist es nicht unüblich, wenn ein von der kosovarischen Regierung angekündigtes Hausbauprojekt für Minderheiten schließlich umdefiniert wird in ein Projekt zugunsten ausschließlich der serbischen Minderheit⁵. Gesetzlich vorgeschriebene Quoten für Minderheitenangehörige (wie z.B. bei der Arbeitsvermittlung oder bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst) werden, dies bestätigen auch albanische Quellen, unterlaufen.

Nicht zuletzt lässt sich dies auch auf die Sicherheitslage der Minderheiten beziehen. Die Sicherheitslage hat sich vielen offiziellen Quellen zufolge im Laufe der letzten Jahre schrittweise

verbessert, wird jedoch nach wie vor nicht als stabil eingeschätzt. Betrachtet man die Statistiken ethnisch motivierter Konflikte im Kosovo, so sucht man Übergriffe gegenüber Roma vergeblich.

5 Vgl. Presseerklärung Kosovo Roma Refugee Foundation vom 13.09.2009: Kosovo Government Bans Non-Serb Minorities from Multi-Ethnic Project. »Despite Kosovo Prime Minister Hashim Thaci's promise to the country's minorities that three new apartment buildings under construction for IDPs (internally displaced people) who lost their homes during the 1998/99 war would be for all minorities, only Serbs have been allowed to apply. Several Roma IDPs, without a home since 1999, who attempted to apply at the Kosovo government office in charge of the project in the Serb-Roma enclave of Lapje Selo had their applications returned.«

6 Das US-amerikanische Außenministerium verweist in seinem Kosovo-Bericht 2008 deutlich auf die Diskriminierung von Minderheiten: »Official and societal discrimination persisted against Kosovo Serb, Roma, Ashkali, and Egyptian communities in employment, social services, language use, freedom of movement, the right to return, and other basic rights. Members of the Kosovo Bosniak and Gorani communities also complained of discrimination. During the year violence and other crimes directed at minorities and their property increased from 2007. Minority employment in public institutions continued to be low and was generally confined to lower levels of the government; members of minorities occupied 10.4 percent of government jobs despite a government target of more than 16 percent. In July 2007 the human rights ombudsman issued a report that concluded ethnic discrimination was a prevalent and constant problem, particularly in the areas of health care and employment. The report also noted that minority groups continued to face regular threats. Between January 1 and August 31, UNMIK police reported 798 cases of interethnic crime; 617 involved Serbs as victims or suspects. According to UNMIK, underreporting of interethnic inci-

Mehrere Roma-Vertreter, u.a. das Roma-Ashkali-Documentation-Center, verwiesen darauf, dass zahlreiche Übergriffe gegen RAE-Minderheiten nicht zur Anzeige kämen, weil entweder die Opfer fürchten, damit weitere Repressalien heraufzubeschwören, oder weil die mehrheitlich albanische Kosovo Police solche Anzeigen nicht aufnehme und erst recht nicht verfolge⁶.

Als ein Indiz für diese Prozesse sei hier auf die Angriffe auf Roma in Gjilan im Sommer 2009 verwiesen. Informationen über diese Überfälle wurden an die internationale Roma-Organisation Chachipe übermittelt, die wiederum UNHCR, UNMIK, EULEX und OSZE im Kosovo informierte. Recherchen von Chachipe und eines Minderheitensenders des kosovarischen Rundfunks ermittelten mindestens sechs, wahrscheinlich acht tätliche Angriffe auf Roma-Angehörige im Ort, lediglich drei davon waren der örtlichen Polizei bekannt. Sie wurden dort lediglich als »Störung der öffentlichen Ordnung« kategorisiert, obwohl es sich um Tötlichkeiten und Körperverletzungen handelte⁷. Von den informierten Organisationen hat lediglich UNHCR vor Ort Nachforschungen angestellt. Über Aktivitäten von UNMIK oder EULEX ist nichts bekannt. Die Vorfälle lassen befürchten, dass insbesondere bei der Rückkehr von Minderheiten Spannungen um besetzte Häuser oder sonstigen okkupierten Besitz zunehmen werden, bei denen die Minderheitenangehörigen nicht mit der Hilfe der Polizei rechnen können.

Die alltägliche und auch von internationalen Organisationen nicht hinreichend zur Kenntnis genommene Diskriminierung hat bei den Roma ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber kosovarischen wie auch internationalen Strukturen hervorgerufen. Dies hat dazu geführt, dass sich Minderheiten in Enklaven zurückziehen und eine zunehmende Segregation entlang ethnischer Zugehörigkeiten stattfindet. Diese Segregation setzt Minderheiten außerhalb ethnischer Enklaven Übergriffen schutzlos aus und verhindert zusätzlich, dass Roma-Angehörige ihre Rechte wahrnehmen können⁸. Während für serbische Minderheiten zahlreiche Einrichtungen geschaffen wurden (z.B. Außenstellen der Kommunen, Sozialämter etc.), um ihnen den Zugang zu Rechten und Leistungen zu ermöglichen, ist ein ähnliches Engagement des kosovarischen Staates gegenüber RAE-Minderheiten nicht festzustellen. Statt des in der Verfassung verbrieften multiethnischen Staates wird die Wirklichkeit der kosovarischen Gesellschaft in den meisten Landesteilen von einer scharfen Abgrenzung entlang ethnischer Linien bestimmt.

dents persisted as a consequence of the KPS policy of assigning low priority to them and persistent mistrust between minorities with the Kosovo Albanian majority.« *US State Department: 2008 Human Rights Report: Kosovo*
<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/eur/119462.htm>

7 Vgl. den informativen Bericht unter Chachipe: *Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo – A case study*, August 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=71&Itemid=

8 Vgl. u.a. Roma and Ashkalia Documentation Center: *RAE Forced Deportees Helplessness*. August 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=75&Itemid=

Minority Rights Group International: *Filling the Vacuum: Ensuring Protection and Legal Remedies for Minorities in Kosovo*. 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=61&Itemid=

Report of the Council of Europe Commissioner for Human Rights' Special Mission to Kosovo (23-27 March 2009), Juli 2009. http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=68&Itemid=

Amnesty International: *Burying the past. 10 years of impunity for enforced disappearances and abductions in Kosovo*, June 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=63&Itemid=

Schilderung der Lebensumstände abgeschobener RAE-Minderheitenangehöriger an ausgewählten Beispielen

Vorbemerkung:

Die Recherche konzentrierte sich auf wesentliche Belange der abgeschobenen Familien, Lebensunterhalt, Wohnsituation, medizinische Versorgung, Sicherheit. Leitlinie für die Recherche war neben der je spezifischen Situation die Frage, welche Aspekte zur Stabilisierung der Lebenssituation der Rückkehrer im Kosovo beitragen könnten.

Die Situation von RAE-Minderheiten ist in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Aus diesem Grund sind den Fallbeschreibungen kurze Notizen zum Ort vorangestellt, an dem die aufgesuchten Rückkehrer leben. Die Fallbeschreibungen sind möglichst kurz gehalten und beruhen hauptsächlich auf Befragungen der besuchten Personen, teilweise auch auf Unterlagen zur rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Situation der Personen vor ihrer Abschiebung.

Vitumirice

Vitumirice liegt wenige Kilometer nordöstlich von Peja an der Straße nach Mitrovica. Die Ortschaft zieht sich über mehrere Kilometer an der Straße hin. Sie besteht aus einzelnen Häusern und Gehöften umgeben von Feldern und Gärten, ein richtiges Ortszentrum ist nicht auszumachen. Zahlreiche noch immer zerstörte Häuser deuten darauf hin, dass hier vor dem Krieg auch Serben gewohnt haben. An der Hauptstraße finden sich vereinzelte Geschäfte. In Vitumirice besuchte ich zwei Familien.

Ehepaar Shala

Das Ehepaar Shala ist Mitte 40. Bereits 1988 ging die Familie das erste Mal nach Deutschland, wurde jedoch bereits 1992 ein erstes Mal abgeschoben. Aufgrund von andauernden Repressalien durch die serbische Polizei und Furcht vor Verhaftung flüchtete das Ehepaar 1992, nach nur wenigen Monaten im Kosovo, erneut nach Deutschland. Herr Shala ist herzkrank und benötigt regelmäßige Untersuchungen und Medikamente. Frau Shala litt aufgrund der Verfolgungssituation im Kosovo an einer psychischen Störung. Ein Unfall in Deutschland, bei dem sie von einem Auto angefahren wurde, steigerte ihre psychischen Probleme, so dass sie seither unfähig ist, allein aus dem Haus zu gehen oder auch nur den Haushalt zu führen. Nach Erhalt einer Abschiebeandrohung flüchtete das Ehepaar 2002/2003 nach Schweden, wurde jedoch nach neun Monaten zurück nach Baden-Württemberg überstellt. Die Kinder der Familie leben mit festem Aufenthaltstitel in Deutschland und in Schweden. Die Eltern konnten nicht von der Bleiberechtsregelung profitieren.

Nach 17 Jahren in Deutschland wurde das Ehepaar Ende Juni 2009 aus Deutschland abgeschoben. Medikamente für Frau Shala wurden zurückgelassen, die ausführenden Beamten ließen nicht zu, dass die Shalas wenigstens eine Tasche mitnehmen konnten. Nach der Abschiebung wurden Herr und Frau Shala für eine Nacht in Prishtina untergebracht. Dann wurden sie von entfernten Verwandten in ein Haus in Vitumirice bei Peja gebracht, wo sie zur Zeit wohnen. Der Besitzer des Hauses lebt in Deutschland. Das Ehepaar kann vorübergehend im Haus wohnen, der Besitzer hat jedoch schon angekündigt, das Haus verkaufen zu wollen. Zur Zeit zahlen die Shalas 200 Euro Miete monatlich, inklusive Strom- und Wassergebühren.

Das Haus der Familie ist zerstört. Das Grundstück der Familie liegt in einem Dorf, ca. 4 km außerhalb von Istog. Dort besitzt die Familie (vier Brüder) noch Land, das vielleicht verkauft werden könnte. Auf dem abgelegenen Dorf sei das Land jedoch billig, so Herr Shala. An der Landstraße wo auch ein Bus verkehrt, wäre der Boden unverhältnismäßig teuer, 5.000 Euro/Ar (ein Ar ist 1/10 Hektar). An den Bau eines Hauses sei nicht zu denken (nach übereinstimmenden Angaben mehrerer Hilfsorganisationen kostet ein kleines Haus ca. 12 - 15.000 Euro).

Das Ehepaar Shala erhält Unterstützung vom URA-Projekt. Dieses zahlt die Miete samt Nebenkosten, und hat die Anschaffung eines Elektroherdes, einer Waschmaschine und eines Kühlschranks finanziert. Außerdem wurde Herrn Shala die Vermittlung in eine Arbeitsstelle angekündigt, wo er für vier Monate einen Zuschuss von 100 Euro monatlich bekommt. Weiterhin besteht das Angebot, dass Frau Shala zur Therapie bei Psychotherapeuten von URA kommt. Ob URA die Fahrtkosten (16 Euro pro Termin) übernimmt, wurde noch geprüft.

Die Kosten für eine Untersuchung Herrn Shalas durch einen privaten Internisten in Peja wurden von URA übernommen (8,- € für die Untersuchung, 20,- € Laborkosten für die Blutanalyse).

Dulsa Moreni

Frau Moreni ist Ashkali, und wohnt mit vier Kindern in einem Haus in Vitimirice, etwa 300 Meter abseits der Hauptstraße. Sie wurden am 4. November 2008 in den Kosovo abgeschoben, nach 17 Jahren in Deutschland. Der Vater und Ex-Ehemann ist seit längerem mit einer Deutschen verheiratet und schwer krebserkrankt. Die allein erziehende Frau Moreni ist herzkrank und behandlungsbedürftig. Eine Herzoperation sollte in Deutschland in die Wege geleitet werden. Im Kosovo sind Herzoperationen nicht durchführbar, ganz zu schweigen von den Kosten, die vom Patienten aufzubringen sind.

Die Kinder können wenig Albanisch und gehen nicht zur Schule. Auf Befragen antworten sie, dass sie keinen Kontakt zu anderen Jugendlichen im Ort haben und aus Angst vor Übergriffen selten aus dem Haus gehen. Der älteste Sohn macht einen depressiven Eindruck, die anderen wirken aufgeweckt, wenn auch wegen ihrer Situation sehr besorgt.

Frau Moreni hat im Kosovo keine Verwandten, sie kommt ursprünglich aus Montenegro, ihr Mann war aus der Gegend von Peja. Dort besitzt die Familie des Mannes noch 35 Ar Land, das Haus jedoch ist zerfallen. Eine Möglichkeit, die von Frau Moreni erwogen wird, ist der Kauf eines Wohnwagens, um in diesem dann auf dem Land des Ex-Mannes zu leben. Sie hat jedoch keine Mittel für eine solche Anschaffung. Das Haus, in dem die Familie jetzt wohnt, gehört Bekannten. Die Familie kann dort nur übergangsweise wohnen. Das Haus ist geräumig, jedoch nur sehr notdürftig eingerichtet. Ein kleiner Gaskocher dient zum Kochen. Wasser gibt es nur sporadisch, so dass es in Vorratsbehältern aufgefangen werden muss. Auch Strom gibt es nur selten. Mehrere dünne Matratzen dienen als Schlafgelegenheit.



Alleinstehende Frauen haben im Kosovo kaum Chancen auf ein menschenwürdiges Leben. Frau Moreni wird sich darauf verlassen müssen, dass ihre Söhne Arbeit finden.

Mitrovica

Die Stadt Mitrovica markiert nicht nur eine kritische Grenze zwischen albanischer und serbischer Bevölkerung im Kosovo, die spätestens seit den Unruhen 2004 geschlossen im Süd- bzw. Nordteil der Stadt leben. Auch für die Roma-Bevölkerung markiert diese Stadt eine kritische Zone.

Nach dem Krieg 1999 wurde die große Roma-Siedlung, die Mahala, in der rund 8.000 Roma lebten, von Albanern buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht, die Bewohner wurden getötet oder vertrieben. 2004, als Teile der Mahala durch internationale Organisationen wieder aufgebaut worden waren und einige Familien wieder dort lebten, wurde die Mahala ein zweites Mal komplett zerstört. Seitdem gehen, auch aus Gründen von Divergenzen zwischen den beteiligten Behörden, NGOs und Vertretern der Roma, die Neuansiedlungsbemühungen nur schleppend voran. Hilfsorganisationen im Auftrag von UNDP haben auf Gemeindeland Apartmenthäuser aufgebaut sowie einzelne Häuser für Rückkehrer, die ihren Grundbesitz dokumentieren konnten. Wo eigener Grund nicht nachgewiesen werden kann, bauen die Hilfsorganisationen auch keine Häuser. Aus diesem Grund stehen auf dem weitläufigen Areal einzelne Häuser inmitten von Brachland. Viele Häuser sind mehrstöckig, haben aber eine winzige Grundfläche.

Unter dem Titel »Industrial Hotel« ist auf dem Gelände der Mahala ein Beschäftigungsprojekt entstanden, das einigen Roma Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bietet. Das Projekt ist zur Zeit noch nicht nachhaltig, weil es zu 100 Prozent von der Förderung mehrerer Geldgeber abhängt und keinen Ertrag aus den gefertigten Produkten aufweist. Es zeigt jedoch, dass internationale Organisationen von der Vergabe von Sachmitteln langsam übergehen zu Angeboten, die Roma aktiv einbinden und die Thematik der Beschäftigungslosigkeit der Roma als zentrales Problem erkannt haben.

Zum Zeitpunkt der Recherche lebten 109 Familien wieder in der Mahala. Von diesen kommen nur wenige aus den bleiverseuchten Lagern Nord-Mitrovica, mehrheitlich handelt es sich um Rückkehrer aus Serbien und Montenegro, sowie aus verschiedenen westeuropäischen Staaten. Wir treffen zwei Roma-Familien in der Mahala, die aus Deutschland abgeschoben wurden. Eine weitere Familie, Ashkali, treffen wir in einem von Albanern und Ashkali bewohnten Stadtviertel im Westen Mitrovicas. Eine vierte Familie besuchen wir im Camp Osterode in Nord-Mitrovica.



Roma Mahala, Süd-Mitrovica. 1999 und 2004 wurde die Mahala dem Erdboden gleichgemacht. Nur wenige Häuser stehen heute auf dem Gelände der einst großen Roma Mahala. Wenige Familien sind zurückgekehrt, und leben hier in bitterer Armut.

Nexhmedin Ibrahimimi

Herr Ibrahimimi wurde 7. Oktober 2008 mit Frau und vier Kindern abgeschoben. Sie wohnten in Blaubeuren, Baden-Württemberg, in einer Wohnung. Er hatte eine feste Arbeit beim Lastwagenhersteller IVECO in Ulm. Nach der Abschiebung ging die Familie zurück in die Mahala, wo Hilfsorganisationen ein Haus gebaut hatten für seine Eltern. Das Haus hat im Erdgeschoss ein Zimmer mit kleiner Küche. Herr Ibrahimimi wohnt mit Frau und Kindern im oberen Stockwerk, das aus einem Raum besteht. Die Familie bekommt 70 Euro Sozialhilfe, davon muss Herr Ibrahimimi aber allein monatlich 20 bis 25 Euro für Strom bezahlen. Seine Mutter bekommt 50 Euro zusätzlich vom Sozialamt, weil sie krank ist.

Alle Kinder Ibrahimimi gehen in die Schule, alle sprechen inzwischen albanisch. Es fehlt aber Geld für Unterrichtsmaterialien oder Schultaschen. Die Arbeitslage ist prekär. Herr Ibrahimimi hat eine Weile Plastik gesammelt, wovon ein Berg Plastikmüll hinter dem Haus zeugt. Die Firma, die die Flaschen abholen soll, kommt nicht. Zur Zeit findet Herr Ibrahimimi bisweilen einen Job als Tagelöhner, auch arbeitet er im Projekt »Industrial Hotel«.

Nach seiner Abschiebung konnte Familie Ibrahimimi auf ein noch existierendes verwandtschaftliches Netz zurückgreifen. Ein Bruder wohnt im eigenen Haus nebenan. Weitere Verwandte wohnen bei Ferizaj im Süden, sie schenken ihm einen Teppich und Polster zum Schlafen. Ein Bruder und eine Schwester der Familie, die noch in Deutschland wohnen, unterstützen ihre Verwandten im Kosovo diskontinuierlich finanziell.



Das »Industrial Hotel«, die einzige einkommenschaffende Maßnahme in der Roma Mahala – Arbeit gibt es nur für wenige.

Osma Rama

Osma Rama wurde Ende Juli 2008 mit Frau und fünf Kindern nach mehreren Jahren Aufenthalt aus Deutschland abgeschoben. In Deutschland wohnte die Familie in Sindelfingen. Zwei der Kinder sind in Deutschland geboren, alle gingen in die Schule, das jüngste in den Kindergarten. Die Familie wohnt gemeinsam mit der Mutter Herrn Ramas in einem kleinen einstöckigen Häuschen. Das Haus gehört Nachbarn. Die Großmutter ist krank und bräuchte Medikamente, die Familie bekommt keine Sozialhilfe, weil sie nicht bei der Behörde registriert ist. Herr Rama erklärt, dass die Familie ursprünglich in der Gegend von Peja gelebt habe. Dort sei er Polizist bei der serbischen Polizei gewesen, aus diesem Grund könne die Familie nicht zurück. Auch die Kinder seien nicht an der Schule angemeldet. Er wohne in der Mahala von Mitrovica, weil er sich dort einigermaßen sicher vor Verfolgung fühle. Herr Rama hat keine Arbeit, auch sei es schwierig, die Mahala zu verlassen. Er wolle es noch einen Monat versuchen, dann werde er nach Serbien gehen oder nach Montenegro, um dort Arbeit zu finden.

Familie Adjari

Familie Adjari lebte in Gifhorn in Niedersachsen, bevor sie 2007 abgeschoben wurde. Die Eltern waren früher Musiker. Beide sind an die 60 Jahre alt, krank, haben Bluthochdruck und Herzprobleme. Sie können nicht arbeiten, haben auch kaum eine Chance, in ihrem Alter Arbeit zu finden. Meist redet die älteste Tochter, die nicht mehr in die Schule geht und hervorragend Deutsch spricht. Ihre zwei jüngeren, in Deutschland geborenen Geschwister gehen zur Schule. Das Haus gehört ihnen nicht, sie bezahlen Miete. Auch vor dem Krieg haben sie zur Miete gewohnt. Jetzt sagt der Besitzer, er wolle das Haus verkaufen. Sämtliche Verwandten der Familie wohnen in Deutschland, Geldüberweisungen von dort sind die einzige Einnahmequelle der Familie.



**Toxische Abraumhalde
des ehemaligen Bleiwerks
in nächster Nähe des
Camps Osterode**

Familie Ajeti

Familie Ajeti wohnt im Camp Osterode, einer ehemaligen Kaserne französischer KFOR am Rande von Nord-Mitrovica. In dieses Camp wurden Roma Familien aus drei anderen Lagern, die auf bleiverseuchtem Boden errichtet worden waren, umgesiedelt. Auch Camp Osterode ist nicht frei von Schwermetallbelastungen, die von den Abraumhalden der stillgelegten Bleimine Trepca herrühren. Das Lager ist für IDPs (Internally Displaced Persons) errichtet worden, aus Westeuropa Abgeschobene werden dort eigentlich nicht aufgenommen. Nur 2005, bei der Einrichtung des Camps, wurde dies für eine kurze Zeit toleriert. So kommt es, dass Familie Ajeti dort nach ihrer Abschiebung 2005 eine Bleibe fand. Die Familie bewohnt ein geräumiges Zimmer im ersten Stock eines zweistöckigen Backsteingebäudes, und ist damit komfortabel untergebracht im Gegensatz zu vielen anderen der insgesamt noch 90 Familien, die zum großen Teil in ehemaligen Garagen der Kaserne leben. Niemand in der Familie hat eine feste Arbeit, allerdings ist der älteste Sohn täglich unterwegs, um Gelegenheitsjobs zu bekommen, wo er ein paar Euro verdienen kann. Vier der sieben Kinder sind in Deutschland geboren. Die älteste Tochter hat ein wenige Monate altes Kind. Die Eltern sind beide krank. Die Mutter hat eine Darmerkrankung und sollte dringend operiert werden, was der Rom e.V. in Köln mit einer Spende unterstützt. Die Familie hat Verwandte in Deutschland und im Kosovo. Von Verwandten in Deutschland erhält sie in unregelmäßigen Abständen Überweisungen, auf die sie zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen sind. Bis vor kurzem hatten die Verwandten im Kosovo den Kontakt zur abgeschobenen Familie gemieden.

Die Bewohner des Camps Osterode sollen in die Roma Mahala in Süd-Mitrovica umziehen, doch geht dies nur schleppend voran. Gründe sind Verzögerungen beim Hausbau, bei der Klärung von Besitzverhältnissen, aber auch politische Divergenzen zwischen der Kommune, verschiedenen Projektträgern und mit der Ausführung betrauten Organisationen und Roma-Vertretern. Das US-amerikanische Mercy Corps hat, nachdem frühere Gebäude von den Roma nicht bezogen wurden, das Roma-Ashkali-Documentation Center in die Planungen der Häuser einbezogen. Gebaute Häuser allerdings sind wiederum den IDPs vorbehalten. Es ist sehr unsicher, ob Familie Ajeti die Möglichkeit bekommen wird, in die Roma Mahala umzuziehen.

Prizren

Maksut Krasniqi

Maksut Krasniqi lebt in einer der Roma-Straßen Prizrens. Prizren hat keine abgeschlossene Roma-siedlung, sondern verschiedene Straßen und Viertel, die hauptsächlich oder ausschließlich von Roma und Ashkali bewohnt werden. Gemeinsam mit seinem Sohn bewohnt Herr Krasniqi ein kleines Zimmer in einem dreistöckigen Gebäude, das die drei Brüder Krasniqi lange vor dem Krieg gebaut haben. Die Familie war verhältnismäßig wohlhabend und Maksut Krasniqi genoß als Hadji, als Mekka Pilger, Anerkennung in der Nachbarschaft. Bevor Maksut Krasniqi mit seiner Frau und seinem Sohn Anfang der 90er Jahre nach Deutschland ging, ließ er sich seinen Anteil am Haus ausbezahlen. Als er im Sommer 2007 abgeschoben wurde, kam er mittellos zurück. Nun wird er im Haus seines Bruders nur geduldet, schlägt sich mit Almosen durch von Nachbarn und alten Freunden, die selbst wenig haben. Auch der Bruder hat seit dem Krieg keine geregelte Arbeit mehr. Maksut Krasniqi hat ein verkrüppeltes Bein, weshalb er kaum Arbeit suchen kann. Auch in Deutschland hatte seine Frau eine feste Anstellung, nicht er. Als seine Frau in Deutschland starb, gelang es ihm nicht, eine Arbeit zu finden. Sein Sohn Enis war in Deutschland auf einer Förderschule, weil er leicht zurückgeblieben ist. Er hätte in einer deutschen Pflegefamilie leben können, wäre auch adoptiert worden, aber Maksut meint uns gegenüber, er wollte nach seiner Frau nicht auch noch seinen Sohn verlieren. Nun macht er sich Vorwürfe, weil er seinem Sohn im Kosovo nichts bieten kann. Enis braucht neue Schuhe, zurzeit geht er mit Hausschuhen in die Schule. Immerhin geht er in die Schule. Zwei Rückkehrberatungsbüros, das der AWO Nürnberg und AWO Heimatgarten, haben sich um die Registrierung des Jungen in der Schule bemüht, bis dies endlich gelang. Enis hat keine Schultasche, drei der Schulbücher, die der kosovarische Staat seit 2008 kostenlos an Schüler ausgibt, sind nicht gekommen. Der Lehrer hat gedroht, dass Enis nicht am Unterricht teilnehmen kann, wenn er die Bücher nicht beschafft. Maksut hat sich mit seinem Bruder überworfen, weil Enis oft zur Zielscheibe von Spott wird und Maksut ihn immer in Schutz nimmt. Der Bruder hatte ihn schon auf die Straße geworfen. Der dritte Bruder, der in Prishtina wohnt, vermittelte. Nun darf Maksut bis nächstes Jahr in dem Haus wohnen. Maksut hat Bluthochdruck, die Tabletten kosten 5,20 Euro die Packung. Er hatte nur drei Euro, wie er erzählt, da hat die Frau in der Apotheke ihm die Tabletten auch für drei Euro überlassen.

Fushe Kosova



Roma-Siedlung Fushe Kosova. Die engen, oft vom Verfall gekennzeichneten Hütten sind nicht dafür ausgelegt, abgeschobene zusätzliche Familienmitglieder aufzunehmen.

Fushe Kosova hatte bis 1999 eine mehrheitlich serbische Bevölkerung und noch immer stellen Ashkali eine wichtige Bevölkerungsgruppe dar, auch wenn nach 1999 und weiteren Brandschatzungen 2004 viele geflüchtet sind. Heute präsentiert sich Fushe Kosova als moderne Stadt mit neuen Büro-, Geschäfts- und Wohnhäusern. Das Ashkali-Viertel liegt in der Nähe des Bahnhofes, besteht aus alten, kleinen Häusern, meist ein- bis zweistöckig. Ähnlich wie in Prizren leben sehr arme mit durchaus wohlhabenden Ashkali Wand an Wand.

Berisha

Das Ehepaar Berisha ist nicht abgeschoben worden. Nachdem ein Abschiebeversuch wegen eines Suizidversuchs Herrn Berishas abgebrochen worden war, reiste das ältere Ehepaar auf Druck der Ausländerbehörde selbständig aus. Die Kommune in Sachsen-Anhalt lehnte es jedoch ab, eine Reintegrationshilfe zu zahlen. So bekommt das Ehepaar neben den REAG/GARP Mitteln⁹ vielleicht noch eine einmalige Unterstützung von 2.000 Euro durch einen Roma-Verein, eine Entscheidung darüber steht jedoch noch aus. Das Haus des Ehepaars bzw. der Familie von vier Brüdern stand in Prishtina, nicht in Fushe Kosova. Es ist nicht mehr bewohnbar. Ein anderes Haus auf dem Grundstück ist an Albaner vermietet. Die Miete kommt der kranken Schwester zugute, so haben es die Brüder entschieden. Geld für ein neues Haus ist nicht da. In Fushe Kosova lebt das Ehepaar bei Bekannten, hat ein Zimmer bekommen, vorläufig. Herr Berisha hat früher in der Poststelle einer Behörde gearbeitet, die längst abgewickelt ist. Inzwischen ist er bei weitem zu alt und zu lange weg gewesen, als dass er mit den vielen jungen Männern um eine Arbeitsstelle konkurrieren könnte.

⁹ REAG/GARP ist ein deutsches Bund-Länder-Programm zur Förderung der Ausreise. Neben Flug- bzw. Transportkosten werden Starthilfegelder in Höhe von mehreren Hundert Euro ausbezahlt. Die Reise und die Geldübergabe am Zielflughafen wird durch IOM – Internationale Organisation für Migration – durchgeführt.

Vgl. <http://www.bamf.de/DE/Migration/Rueckkehrfoerderung/REAGGARP/foerderprogramme-reag-garpg-inhalt.html>

Zu den möglichen Auseinandersetzungen um den gemeinsamen Besitz zwischen den vier Brüdern kommt ein weiterer Umstand hinzu. Recherchen einer Rückkehrberatungsstelle in der Nachbarschaft in Prishtina ergaben, dass einer der Brüder Berisha verdächtigt wird, Ende der 90er Jahre Häuser, deren albanische Besitzer vertrieben worden waren, geplündert zu haben. Herr Berisha selbst hatte damit nichts zu tun, war damals schon im Ausland. Aber unter diesen Umständen würde er sich mit einer Rückkehr nach Prishtina einer großen Gefahr aussetzen, tötlich angegriffen oder sogar getötet zu werden. Die Ashkali Siedlung in Fushe Kosova verspricht dagegen einen gewissen Schutz.

Montenegro, Kovac und Tuza



Roma-Camp Kovac, Podgoriza

Viele Kosovaren, Albaner wie auch Roma, haben sich seit Mitte der 90er Jahre in die Nachbarländer geflüchtet. In Montenegro leben angeblich noch ca. 6.000 Menschen aus dem Kosovo (zudem ist eine hohe Dunkelziffer anzunehmen). Die Regierung Montenegros hatte die schrittweise Rückkehr dieser Personen zur Bedingung für die Anerkennung des Kosovo als eigenständigen Staat gemacht, doch bislang ist wenig passiert. Doch nicht nur ehemalige IDPs, die sich inzwischen in eigenständigen Nachbarstaaten wieder finden, sondern auch Rückkehrer aus Westeuropa schlagen den Weg nach Montenegro ein¹⁰. Wir besuchen eine ausgedehnte Roma-Siedlung am Rande der montenegrinischen Hauptstadt Podgoriza, sowie Tuza, eine unweit davon gelegene kleine Ortschaft, die hauptsächlich von Albanern bewohnt ist.

Das Stadtviertel Kovac in Podgoriza geht von einer Bebauung mit kleinen, oft von Gärten umgebenen Einfamilienhäusern langsam in Barackensiedlungen über, gefolgt von Hütten und Verschlagen in ödem, müllübersättem Brachland, das sich bis zur Mülldeponie erstreckt. Auf der Suche nach einer im Frühjahr 2009 zurückgekehrten Familie fragen wir herum. Wir finden jemand, der die Familie kennt. Er berichtet uns, dass hier viele Roma leben, die gemeinsam mit Serben Verbrechen gegenüber Albanern im Kosovo begangen hätten und deshalb nicht zurück können. Er steigt zu uns ins Auto, empfiehlt uns nicht zu fotografieren und ihm auch das Fragen zu überlassen.

¹⁰ Dies gilt ähnlich für Mazedonien und in wohl noch erheblich stärkerem Maße für Serbien.

Familie Delibalta

Wir finden Familie Delibalta in einer einfachen Hütte. Der Betonboden ist mit Teppichen belegt, im Vorraum brennt ein Holzofen, der mit Stücken von Pressspanplatten beheizt wird. Die Wände sind mit Plastikfolien bezogen, aber die Hütte hat sogar zwei Fenster. Frau Delibalta war mit ihren drei Töchtern 1991 das erste Mal nach Deutschland geflüchtet. 2002 wurde die Familie abgeschoben, 2008 gingen Mutter und Töchter erneut nach Deutschland. Sie kehrten 2009 selbständig zurück und werden von einer Rückkehrberatungsstelle in Deutschland mit Mitteln unterstützt. So stehen der Familie 1.500 Euro für Haushaltsgeräte und Einrichtung zur Verfügung und noch einmal etwa 1.000 Euro, die sie für den Bau einer Baracke verwenden können, da der Schuppen, in dem sie derzeit wohnen, nicht ihnen gehört, sondern einem Onkel. Die Familie kommt aus dem kosovarisch-montenegrinischen Grenzgebiet, einem Bergland, das nur wenig Möglichkeiten zum Überleben bietet. Nachdem sie dort kein Haus mehr hatten, gingen Mutter und Töchter nach Konic. Alle Kinder sprechen sehr gut Deutsch, aber auch hinreichend serbokroatisch. Keines der Kinder geht in die Schule.



Eine Familie, abgeschoben aus Deutschland, im Nirgendwo gelandet.

Familie Bexulli

In Tuza haben wir uns bei einem Bekannten der Familie Bexulli telefonisch angekündigt und einen Treffpunkt vereinbart. Wir fahren gemeinsam durch Tuza und halten am südlichen Ortsrand an der Straße. Gegenüber liegt eine Ansammlung von Hütten und Verschlägen, wo auch Familie Bexulli lebt. Das Ehepaar Bexulli wurde mit fünf Kindern Ende Juli 2009 aus Niedersachsen abgeschoben. In Prishtina schlugen sie die Unterstützung des BAMF-Projektes URA 2 aus, und gingen über Peja direkt nach Montenegro. Die Familie hatte früher in einer Ortschaft bei Klina gewohnt und war schon 1992 nach Deutschland geflüchtet. Sie hatte 17 Jahre lediglich mit einem Duldungsstatus in Deutschland gelebt. Der zweitälteste Sohn ist geistig behindert und war in Deutschland in einer Betreuungseinrichtung untergebracht.

Die Behausung der Familie ist wenig mehr als ein Verschlag, unvollständig mit Plastik verkleidet, der Regen tropft durch die Decke. In der Hütte qualmt ein Ofen. Der Boden ist mit Plane ausgelegt, nur einen Teil bedecken zwei kleine Teppiche. Nachbarn haben beim Bau geholfen. Wir können nicht genau herausfinden, warum die Familie nicht im Kosovo geblieben ist. Herr Bexulli sagt, dass er Angst habe zurückzukehren. Die Familie hat allerdings vor Beginn der meisten Gräueltaten den Kosovo verlassen. Auch wohnten in der Gegend keine Serben. Trotzdem kann es sein, dass es Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Roma gegeben hat, auch später, so dass Roma nicht in den Ort zurückkehren können. Auch private Auseinandersetzungen mit Nachbarn können der Grund dafür sein, dass die Bexullis Angst haben zurückzukehren. Das Haus der Familie existiert nicht mehr, und in der angegebenen Ortschaft fand das BAMF-Projekt niemanden mehr, der die Familie gekannt hat. In Tuza hingegen stellen wir fest, dass zumindest einer der Nachbarn auch aus der Ortschaft stammt, in der die Bexullis früher gelebt haben. Wir vermuten, dass die Roma aus dem Ort geflüchtet sind, und dass zumindest ein Teil von ihnen in Tuza lebt.

Schlussfolgerungen

Nehmen wir die allgemeinen Informationen zur Lage der Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo und die Informationen aus den Fallbeispielen zusammen, so ergeben sich vier wesentliche Schlussfolgerungen:

1. In den meisten Fällen kehren Roma in eine Situation latenter und manifester Unsicherheit zurück.
2. Von zentraler Bedeutung für das Überleben ist das engere und weitere soziale Netzwerk.
3. Die Unterstützung durch das BAMF-Projekt URA 2 eröffnet keine Perspektiven.
4. Der Zugang zu grundlegenden Rechten ist verstellt.

1. Latente und manifeste Unsicherheit für Roma-Minderheitenangehörige

Zurückkehrende, und besonders abgeschobene Minderheitenangehörige kehren in eine Situation der Unsicherheit zurück. Unsicherheit ist hier bezogen auf die Angst vor und Gefahr von Übergriffen und rassistischer Verfolgung und Ausgrenzung einerseits, auf die teils daraus resultierende Schwierigkeit der bloßen Existenzsicherung andererseits.

Die Furcht vor Übergriffen muss differenziert betrachtet werden. Es ist hier zu unterscheiden zwischen

- Verfolgungsangst, die aus individuellen Verfolgungserfahrungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit vor der Flucht herrührt,
- Verfolgungsangst, die sich aus Berichten und Mitteilungen von Verwandten etc. aus dem Kosovo speist,
- Verfolgungsangst aufgrund von spezifischen interpersonellen Konflikten,
- Verfolgungsangst, die in der aktiven oder passiven Rolle gründet, die ein Rückkehrer vor der Flucht eingenommen hat.

In allen Fällen kann es sein, dass die Verfolgungsangst sich auf eine soziale Wirklichkeit und Gefährdungslage bezieht, die inzwischen im Kosovo nicht mehr besteht. Insbesondere ist eine jederzeitige und allgegenwärtige akute Gefährdung von Leib und Leben nur aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit pauschal nicht mehr festzustellen. Dies lässt jedoch nicht zu, eine solche Gefährdung kategorisch auszuschließen. Statistiken der kosovarischen Polizei und auch internationaler Beobachter bilden nur einen Teil der Realität ab. Von mehreren Gesprächspartnern, Albanern wie auch Roma-Vertretern, wurde mir bestätigt, dass Übergriffe gegenüber Roma bis hin zu Körperverletzungen und Vergewaltigungen in der Regel nicht erfasst werden. Zum einen besteht ein erhebliches Misstrauen gegenüber den (meist albanischen) Sicherheitskräften. Anzeigen werden unterlassen,

weil man fürchtet, das könnte die Sache noch schlimmer machen; zum anderen ist die Bereitschaft der Polizei, Anzeigen von Roma ernst zu nehmen, aufzunehmen und zu verfolgen, häufig gering ausgeprägt. Aus diesen Gründen ist von einer erheblichen Dunkelziffer von Straftaten und rassistischen Übergriffen gegenüber Roma auszugehen, die eine Verfolgungsfurcht auch heute begründet. Keineswegs kann pauschal gesagt werden, die Angst von Rückkehrern entbehre heutzutage der Grundlage.

So führt schon allgemeine Verfolgungsfurcht dazu, dass Roma in vielen Fällen nicht an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren. Häufig liegt dies daran, dass die Häuser zerstört sind und eine Lebensgrundlage fehlt, aber vielfach fühlen sie sich bei einer Rückkehr an einen Ort, an dem keine Roma Community mehr besteht, zu exponiert und unsicher. Die Familie Bexulli schlägt die Unterstützung des URA 2-Projektes aus, und migriert nach Montenegro, weil dort ehemalige Bewohner ihres Ortes zu finden sind. Herr Bexulli kann die Angst vor Albanern uns gegenüber nicht konkretisieren. Eine Rückkehr ohne die Sicherheit einer loyalen Nachbarschaft kommt für ihn jedenfalls nicht in Frage.

Insbesondere Verfolgungsängste, die aus konkreten interpersonellen Konflikten herrühren, sind auch heute noch ernst zu nehmen. Hier ist nicht davon auszugehen, dass es sich immer um originär ethnische Konflikte handelt, in vielen Fällen werden Konflikte ethnisch aufgeladen. Ernste Auseinandersetzungen zwischen Nachbarn beziehen generell die erweiterte Familie in den Konflikt ein; eine ethnische bzw. rassistische Komponente kann leicht hinzukommen, wenn das entsprechende gesellschaftliche Klima dies begünstigt. Umgekehrt begünstigt ein rassistisches Klima auch profan kriminelle Taten, vor allem Plünderungen und Aneignungen von Haus- und Grundbesitz von Minderheitenangehörigen, deren Möglichkeiten sich zu wehren gering sind. Berichte belegen, dass auch (und manchmal insbesondere) ehemalige Nachbarn Vertreibung, Brandschatzungen und Plünderungen betrieben haben¹¹. Je nach Intensität der Auseinandersetzungen kann es für Rückkehrer unmöglich sein, an den ehemaligen Wohnort zurückzukehren. Das Ehepaar Berisha kehrt nicht in die Nachbarschaft nach Prishtina zurück, weil einem Familienmitglied vorgeworfen wird, an Plünderungen beteiligt gewesen zu sein. Ein Versuch der Rückkehr kann lebensgefährlich sein, selbst wenn Herr Berisha selbst nicht direkt beteiligt gewesen sein sollte.

Das betrifft insbesondere auch Personen, die nicht nur aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder persönlicher Auseinandersetzungen, sondern wegen konkreter Rollen und Aktivitäten Verfolgung befürchten. Osma Rama, der als Rom bei der serbischen Polizei gearbeitet hat, verbirgt sich nicht ohne Grund in der Enklave der Roma Mahala Mitrovicas. Als Angehöriger der serbischen Polizei (albanische Polizisten wurden Anfang der 90er Jahre entlassen) wird Herr Rama automatisch den Unterdrückern zugerechnet. Die Gefahr, dass er bei einer Rückkehr in seinen ehemaligen Wohnort Peja erkannt wird und massiven Verfolgungen ausgesetzt ist, muss als erheblich eingeschätzt werden.

Mit der Frage der Sicherheit und Gefährdung durch rassistische Übergriffe und Verfolgung eng verbunden ist das Problem der Existenzsicherung.

Dies betrifft zunächst die grundsätzliche Frage, wo Rückkehrer eine wenigstens befristete Bleibe bekommen. Im Kosovo gibt es zwar leerstehenden Wohnraum, nicht zuletzt wegen zahlreicher Bauten von Auslandskosovaren, doch wird dieser Wohnraum nur manchmal vermietet, Minderheiten werden als Mieter selten akzeptiert oder zahlen überhöhte Preise. Die andere und oft einzig verbleiben-

11 Vgl. Human Rights Watch: Failure to Protect. 2004, <http://www.hrw.org/en/reports/2004/07/25/failure-protect>

de Möglichkeit ist, dass eine im Kosovo lebende Familie zusammenrücken muss, damit Abgeschobene Platz bekommen. Dies heißt in vielen Fällen, dass ohnehin unzureichender und knapper Wohnraum mit mehr Personen geteilt werden muss. Die Lebensbedingungen sind häufig als unzumutbar zu bezeichnen.

Dies trifft auch auf alle Fragen der Lebensunterhaltssicherung zu. Die Arbeitsmarktlage im Kosovo ist besorgniserregend, für Roma ist sie aufgrund der bestehenden Diskriminierung und des eingeschränkten Bewegungsradius katastrophal. Die beinahe hermetische Separierung der ethnischen Gruppen im Kosovo führt dazu, dass Roma nur über andere Roma von den seltenen Jobs erfahren. Innerhalb ethnischer Gruppen werden schon aus Eigeninteresse Mitglieder der erweiterten Familie bevorzugt. Rückkehrer und Abgeschobene werden häufig benachteiligt, weil auch Familienmitglieder noch immer davon ausgehen, dass Rückkehrer aus West-Europa über Ersparnisse verfügen müssen, die sie nur nicht mit der Familie teilen wollen. Gerade Abgeschobene, die meist mittellos zurückkehren, fallen hier durch das Netz familiärer Solidarität.

Abgeschobene bekommen nur unter Schwierigkeiten Zugang zu der ohnehin nicht ausreichenden Sozialhilfe im Kosovo. Die Anspruchsberechtigung ist sehr eingeschränkt. Personen bzw. Paare über 65 Jahre erhalten ein Altersgeld von 35 - 45 Euro, Familien mit Kindern unter fünf Jahren können zwischen 35 und 75 Euro bekommen. Möglich sind auch weitere kleine Vergünstigungen wie der Wegfall der Behandlungspauschale in staatlichen medizinischen Einrichtungen. Insgesamt deckt die Sozialhilfe nicht einmal die Kosten für Lebensmittel. Ansprüche sind oft nur schwer durchzusetzen und ausschließlich in der Kommune, in der eine Person oder Familie vor der Flucht gemeldet war. Anderweitige Unterstützung durch kosovarische oder internationale Organisationen ist für Rückkehrer aus Westeuropa nicht gegeben (vgl. zum Projekt URA 2 Punkt 4). Viele im Kosovo lebende Roma und insbesondere Abgeschobene aus Westeuropa können ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft sichern.

2. Die Bedeutung des sozialen Netzwerkes

Nur wer auf ein breites soziales Netz, insbesondere Familienangehörige, zurückgreifen kann, hat Chancen, seinen Lebensunterhalt sichern zu können. Mangels anderweitiger Möglichkeiten verbleiben Familie, Freunde und Nachbarn als einzige mögliche Unterstützer. Auch wenn meine Gesprächspartner im Kosovo übereinstimmend feststellen, dass die familiäre Solidarität (ebenso wie der lokale und intraethnische Zusammenhalt) seit dem Krieg stark nachgelassen hat, so ist sie doch der einzige Anknüpfungspunkt für Rückkehrer aus Deutschland.

Dies zieht eine Entwicklung nach sich, die sich an mehreren der hier vorgestellten Fallbeispiele nachverfolgen lässt. Rückkehrer und Abgeschobene gehen nicht an den Ort zurück, an dem sie vorher gelebt haben, sondern begeben sich dorthin, wo sie auf die Unterstützung von Verwandten, Freunden, ehemaligen Nachbarn zählen können. Dies führt zu einer verstärkten ethnischen Segregation und zu einer Ballung sozialer Problemlagen. Dies kann, wie der Fall Berxulli zeigt, auch Anlass sein zu einer sekundären Migration über Landesgrenzen hinaus. Die Suche nach Anschluss an Familie und nachbarschaftliche oder ethnische soziale Netzwerke verspricht nicht nur eine erhöhte Sicherheit, sondern ebenfalls Zugang zu solidarischen Verteilungsprozessen, wenn auch überwiegend auf Elendsniveau.

Sekundäre Migration führt auch dazu, dass eine Registrierung bei der örtlichen Kommune und damit die Möglichkeit, einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen oder die Kinder in der Schule anzumelden ausgeschlossen ist. Nur diejenige Kommune, in der eine Person schon registriert war, ist auch bereit, eine Neuregistrierung vorzunehmen. Durch die Rückkehr an einen anderen als den Herkunftsort schneiden sich Rückkehrer von einer möglichen Unterstützung durch den kosovarischen Staat ab zugunsten (und zulasten) sozialer Beziehungen.

Die Fallbeispiele zeigen, dass die Situation in verschiedenen Gegenden des Kosovo unterschiedlich ist. In manchen Gegenden gibt es keine funktionierende Roma-Community mehr, ehemalige Nachbarn oder Familienangehörige sind verschwunden. Selbst in Prizren, wo die Situation besser ist als in anderen Städten, zeigt der Fall Krasniqi, dass eine ehemals wohlhabende und angesehene Familie mangels Einkommen auf ein niedriges Niveau abstürzen kann, dass die Rückkehr von Familienangehörigen aus dem Ausland zu Belastungen führt, die in heftige innerfamiliäre Konflikte münden können. Andernorts, wo kein vergleichbares Netzwerk besteht, werden die Belastungsgrenzen der Familie sehr viel schneller überschritten, und Solidarität findet sehr viel schneller Grenzen.

Generell haben Rückkehrer mit dem Problem zu kämpfen, dass ihnen gerade seitens der Familie unterstellt wird, im Ausland erworbene Ersparnisse verheimlichen zu wollen. Vielfach wird ihnen die Mittellosigkeit nach der Abschiebung nicht geglaubt. Hinzu kommen Spannungen, die aus der langen Abwesenheit, aus der anderen Sozialisation der Kinder und aus dem Vorwurf mangelnder Unterstützung während der Zeit im Ausland resultieren. Selbst innerhalb der Familie können Rückkehrer nur mit einer zurückhaltenden Unterstützung rechnen, wenn sie nicht während ihrer Zeit im Ausland selbst die Familie im Herkunftsland gut unterstützt haben.

Tatsächlich gelingt vielen Kosovaren (aller ethnischen Gruppen) ein einigermaßen existenzsicherndes und menschenwürdiges Leben nur, wenn sie auf zumindest unregelmäßige Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland zählen können. Verwandte im Ausland tragen so wesentlich zur Existenzsicherung bei, dass bezüglich des Kosovo von einer weitgehend fremdunterhaltenen Gesellschaft gesprochen werden kann¹². Alle im Kosovo kontaktierten Familien mit Ausnahme der Familie Rama haben Verwandte im westlichen Ausland, zumeist in Deutschland, und es ist davon auszugehen, dass das Überleben von Roma-Rückkehrern im Kosovo wesentlich, wenn nicht sogar vollständig von Transferzahlungen dieser Familienmitglieder abhängt.

Schon aus diesem Grund wird eine Abschiebung von Roma in größerer Zahl die Probleme dramatisch verschärfen.

12 Vgl. PRO ASYL (Hg): Angeordnete Freiwilligkeit. Zur Beratung und Förderung freiwilliger und angeordneter Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Basierend auf der Untersuchung der Unterstützung von Rückkehrern in den Kosovo. Frankfurt am Main, 2008

3. Keine Nachhaltigkeit von Reintegrationshilfen durch URA 2

In Anschreiben an ausreisepflichtige Roma-Angehörige in Deutschland wird regelmäßig auf die so genannte freiwillige Ausreise verwiesen, mit der eine Abschiebung zu umgehen sei. In diesem Zusammenhang wird auf die Möglichkeiten der Unterstützung durch das staatliche REAG/GARP-Programm verwiesen, auf Büros und Projekte, die bei der Ausreise behilflich sind, wie auch auf das Projekt URA 2 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das im Gegensatz zu URA 1 nicht von der EU, sondern den Bundesländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen finanziert wird¹³. Auf die zahlreichen Unzulänglichkeiten, verfehlten Ansätze und Schwierigkeiten der Beratungsreinrichtungen der »freiwilligen« Rückkehr ist schon andernorts eingegangen worden (vgl. PRO ASYL (hg): Angeordnete Rückkehr a.a.O.). Es gibt keinen Anlass, die dort formulierte sowohl grundsätzliche als auch spezifische Kritik zu revidieren. Hier beschränke ich mich auf einige Anmerkungen zum Projekt URA 2, das sich insbesondere auch an Abgeschobene richtet. Das Projekt AWO Nürnberg, das nach dem Ende der wenig erfolgreichen Kooperation mit dem BAMF-Projekt URA 1 ein eigenes Büro zur Rückkehrberatung in Prishtina eröffnet hat, und das Projekt des Diakonischen Werkes Trier, das inzwischen von Fushe Kosova nach Vushtri umgezogen ist, bieten Unterstützung nur für freiwillige Rückkehrer und auch dies nur in dem Maße, wie kommunale Gelder aus Deutschland oder EU-Mittel dies ermöglichen. Häufig beschränkt sich die Unterstützung auf bloße Beratungstätigkeit¹⁴. Das Büro Heimatgarten der AWO Bremerhaven unterstützt in Einzelfällen auch Abgeschobene, jedoch stehen auch hier nur selten Mittel zur Verfügung.

Es ist zu bezweifeln, dass URA 2 sinnvollere Unterstützung für Rückkehrer leisten kann als das Vorgängerprojekt. Dazu nur drei Beobachtungen:

Mit der Trennung von der AWO Nürnberg hat das BAMF-Projekt nicht nur die Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband aufgekündigt, sondern auch die sozialarbeiterische Kompetenz der AWO und sämtliche zumindest rudimentär geschulten MitarbeiterInnen verloren. Im Projekt URA 2 arbeitet der ehemalige Fahrer des Projektkoordinators vor Ort inzwischen als Berater. Wie es um die Kompetenz und Qualifikation der übrigen MitarbeiterInnen bestellt ist, ist nicht bekannt. Allerdings traf ich in Mitrovica zufällig einen jungen, aus Deutschland abgeschobenen Rom, der mich von einer Projektidee überzeugen wollte. Quasi als Referenz teilte er mit, dass er für URA 2 arbeite, Nachforschungen anstelle oder auch Wohnraum organisiere. Er werde nicht bezahlt, sondern tue das, um anderen Abgeschobenen zu helfen, so seine Aussage. Dieses Niveau der Rekrutierung von Mitarbeitern unterschreitet auch im Kosovo übliche Standards. Es ist weiter davon auszugehen, dass bei steigenden Abschiebezahlen besonders von Roma das Projekt eine Nachbetreuung vor Ort nicht mehr gewährleisten kann, selbst wenn ein Teil der Anspruchsberechtigten in Prishtina bleibt und das Projekt aufsuchen kann. Weder die Anzahl der im Projekt Beschäftigten noch deren zweifelhafte Qualifikation lassen eine sorgfältige Betreuung vermuten.

13 Vgl. z.B. Schreiben des Regierungspräsidiums Stuttgart, Bezirksstelle für Asyl, vom 17.06.2009 an eine ausreisepflichtige Familie in Esslingen.

14 So wurde die aus Rheinland-Pfalz stammende Familie Moreni einmalig vom Berater des DW-Trier-Büros besucht, ohne erkennbare weitere Unterstützung. Immerhin kann die Familie so in die Statistik des Büros als Fall übernommen werden.

Schon im Projekt URA 1 wurden Statistiken über Betreuung und Unterstützung herausgegeben, die fern der Wirklichkeit waren. Nach Aussage eines damaligen Mitarbeiters lag eine deutliche Zunahme der Betreuungszahlen (mitten im Projektverlauf, nachdem ich mich kritisch zu den bis dato niedrigen Zahlen geäußert hatte) darin begründet, dass man die Namen und Ankunftsdaten von Rückkehrern durch IOM und die mit der Abschiebung in den Kosovo betrauten Landesbehörden aus Deutschland übermittelt bekomme. Da bei der Ankunft immer ein Mitarbeiter des Projektes am Flughafen sei und theoretisch Unterstützung anbieten könne, würden die Listen in die Anzahl der betreuten Fälle übertragen. Einiges spricht dafür, dass auch diese bewährte Praxis fortgeführt wird. So ist einer Antwort des Innenministeriums Baden-Württemberg auf eine Anfrage der Landtags-SPD zu entnehmen, dass URA 2 allein 210 aus Baden-Württemberg zurückgekehrte Personen betreue¹⁵. Dies dürfte der Gesamtzahl der im Projektverlauf (URA 2 begann am 1.1.2009, die Antwort auf die Anfrage ist datiert auf den 4.8.2009) durch Abschiebung oder Unterstützung aus REAG/GARP aus Baden-Württemberg in den Kosovo zurückgekehrten Personen nahe kommen. Eine unabhängige Überprüfung der tatsächlich beratenen Personen und der ausgeführten Leistungen wäre dringend erforderlich.

Wichtiger ist jedoch, dass auch konzeptionell URA 2 an die verfehlte Programmatik von URA 1 anknüpft. In URA 1 waren zahlreiche materielle Leistungen für Rückkehrer im Projekt nicht vorgesehen. Erst nach Änderungsanträgen gegen Ende des Projektes standen auch Mittel zum Lebensunterhalt und zur Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung. Einerseits manifestiert sich in URA 2 ein Lernprozess. Die angebotenen Leistungen beinhalten Soforthilfen wie auch Integrationshilfen in den Arbeitsmarkt. Finanzielle Unterstützung für Existenzgründungen, im Kosovo die wesentliche und am ehesten Erfolg versprechende Wiedereingliederungshilfe, stehen allerdings nur »freiwilligen« Rückkehrern zur Verfügung und auch in der unzureichenden Höhe von maximal 2.000 Euro pro Erfolg versprechender Geschäftsidee¹⁶.

Zu den verschiedenen Angeboten zu Jobvermittlung und Lohnkostenzuschuss ist festzustellen, dass diese Jobvermittlungen inzwischen im Kosovo von verschiedenen Arbeitgebern genutzt werden, um kostenlos Arbeitskräfte zu requirieren, die nach Ende der Förderung, wenn die Entlohnung auf den Arbeitgeber zurückfiele, nicht weiter beschäftigt werden¹⁷. Inwieweit dies dem URA 2-Projekt bekannt ist, konnte nicht festgestellt werden. Die Tatsache jedoch, dass dem schwer herzkranken Herrn Shala, der obendrein durch die Betreuung seiner beeinträchtigten Frau ans Haus gebunden ist, eine Jobvermittlung mit Lohnkostenzuzahlung in Aussicht gestellt wird, lässt darauf schließen, dass diese Jobvermittlungen nicht auf die Entwicklung einer längerfristigen Perspektive ausgelegt sind.

Was hier auf den Bereich der Jobvermittlung bezogen ist, gilt für die gesamten Fördermaßnahmen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass schon URA 1 darauf abzielte, die Feststellung von Abschiebe-

15 Innenministerium Baden-Württemberg: Stellungnahme zum Antrag der Abgeordneten Nikolaos Sakellariou u.a. SPD, Rückkehr von Angehörigen der Roma in den Kosovo – Drucksache 14/4839, Schreiben vom 15. Juli

16 Vgl. zu den Leistungen das Begleitschreiben und den Flyer Kosovo Rückkehrprojekt des BAMF, entnommen der Anlage des Erlasses des Innenministeriums Niedersachsen Rückführungen in die Republik Kosovo, vom 14.4.2009, auch http://www.bamf.de/cln_092/nn_441806/sid_530CF90C0C878F8864BCA7514DD7D362/DE/Migration/Rueckkehrfoerderung/Kosovo/kosovo-inhalt.html?__nnn=true

17 Dies wird noch überboten von der (ebenfalls im Kosovo geläufigen) Praxis, Scheinverträge abzuschließen. Dem Arbeitnehmer wird ein Anteil der vom Projektträger erhaltenen Summe in die Hand ausgezahlt. Alle profitieren. Der Arbeitnehmer bekommt Geld, der Arbeitgeber bekommt Geld, der Projektträger erhält den von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschriebenen Vertrag als Beleg für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung.

hindernissen durch Verwaltungsgerichte in Deutschland zu unterlaufen.¹⁸ Entsprechend orientieren sich die Fördermöglichkeiten des Projektes nicht am Ziel einer nachhaltigen Reintegration, sondern sind lediglich ein kleines Polster nach der Ankunft im Kosovo. Keine der unterstützten Maßnahmen hat eine Laufzeit von mehr als fünf Monaten. Wie es in dieser Zeit erreicht werden soll, dass Rückkehrer ihre Existenz sichern können, ist aus der Projektbeschreibung nicht ersichtlich. Die Laufzeit von fünf Monaten ist dabei noch hoch gegriffen. Das Projekt URA 2 endet am 31.12.2009. Laut Projektkoordinator ist bislang nicht gesichert, ob über diesen Zeitpunkt hinaus auch Fördermaßnahmen finanziert werden. Das Problem sei den finanzierenden Bundesländern zwar vorgetragen worden, eine Antwort stehe jedoch noch aus. Je später im Jahr Rückkehrer die Unterstützungen in Anspruch nehmen, desto kürzer wird der Zeitraum.¹⁹ Ein Projekt, das nach Ablauf von mehr als der Hälfte der Projektlaufzeit solche Fragen nicht beantworten kann, bietet den im Projekt Begünstigten nicht die benötigte Sicherheit.

Das Projekt URA 2 kann keines der zahlreichen oben dargestellten Probleme der Rückkehrer lösen, sondern im besten Fall einen Aufschub gewähren. Wenn Leistungen wie Mietzuschüsse, Medikamentenzahlungen und sonstiges wieder wegfallen, sind Rückkehrer wiederum auf sich selbst und das Vorhandensein sozialer Beziehungen gestellt.

Qualität und Erfolg der Rückkehrförderung sind von strukturellen Gegebenheiten und subjektiven Einstellungen der Rückkehrer abhängig. Angesichts der derzeitigen Situation im Kosovo kann eine Rückkehrförderung, die auf befristete individuelle Unterstützung abstellt, nur im glücklichen Ausnahmefall einen Erfolg verzeichnen. Aus der oft verzweifelten und pessimistischen Haltung Abgeschobener bzw. nur aus Angst vor Abschiebung zurückgekehrter Personen erwächst der Rückkehrförderung ein weiteres Problem. Rückkehrer sind oft nicht in der Lage und nicht motiviert, ihre gesellschaftliche Reintegration energisch in Angriff zu nehmen. Selbst ohne die hier beschriebene besondere Problematik von RAE-Minderheiten wäre eine erfolgreiche Reintegration kaum zu erwarten. Die vom URA 2-Projekt angebotenen Hilfen schieben den Absturz ins Elend nur auf.

Insofern ist es nur konsequent, wenn Rückkehrer oder Abgeschobene sich eher auf ihre rudimentären sozialen Netzwerke verlassen, sollten diese auch außerhalb des Kosovo liegen, als die nur kurzfristige Hilfe des Projektes URA 2 in Anspruch zu nehmen.

18 Vgl. PRO ASYL (Hg): *Angeordnete Freiwilligkeit. Zur Beratung und Förderung freiwilliger und angeordneter Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Basierend auf der Untersuchung der Unterstützung von Rückkehrern in den Kosovo.* Frankfurt am Main, 2008

19 Rückkehrer hatten schon mit URA 1 schlechte Erfahrungen gemacht. Hier wurden die Mittel erst wenige Monate vor Projektende Rückkehrern zugänglich gemacht. Mit Rückkehrern (sowie potentiellen Arbeitgebern etc.) wurden trotzdem Verträge mit zum Teil einer Laufzeit von zwölf Monaten gemacht. Nach Projektende im Oktober 2008 wurde zunächst auch noch weiter ausgezahlt, zum 1.1.2009 wurde jedoch den Leistungsempfängern mitgeteilt, dass nunmehr keine Zahlungen mehr erfolgen könnten, weil das BAMF ein neues Projekt beginne.

4. Möglichkeit zur Inanspruchnahme grundlegender Rechte

Körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Existenzsicherung und Bildung gehören zu den wichtigsten Menschenrechten. Der Staat Kosovo, teils unter Kuratel internationaler Organisationen wie UNMIK, OSZE und EULEX, teils im Bemühen, den Ansprüchen westlicher Staaten zu entsprechen, hat eine diesbezüglich ausgezeichnete Verfassung, die Minderheiten weitgehende Rechte garantiert. Speziell auf die Rückkehr von Staatsangehörigen bezogen garantiert ein Strategiepapier, entworfen in Zusammenarbeit mit OSZE, UNHCR und anderen Organisationen, weitreichende Unterstützung der Reintegration von Rückkehrern durch Regierungsstellen und örtliche Gemeinden.

Praktisch steht dies alles nur auf dem Papier. Der Staat Kosovo hat weder die Mittel, entsprechende Maßnahmen effektiv umzusetzen, noch besteht überall ein diesbezügliches Interesse²⁰. Daraus folgt, dass weniger die verbrieften Rechte, sondern der tatsächliche Zugang und die Möglichkeit der Inanspruchnahme zu prüfen sind. Die Existenz von Gesetzen und Vorschriften, auch die bloße Existenz von Ombudspersonen und Minderheitenvertretern in Regierung und Gemeindeverwaltungen gibt noch keinen Hinweis darauf, dass Rechte in Anspruch genommen werden und Ansprüche durchgesetzt werden können. Vielmehr ist hier zu prüfen, inwiefern die umfassende Diskriminierung gerade von Roma dazu geführt hat, dass ein hinreichendes Vertrauen in die von der albanischen Bevölkerungsmehrheit dominierten staatlichen Strukturen des Kosovo nicht gebildet werden konnte, und inwieweit Versuche, Rechte in Anspruch zu nehmen, erfolglos geblieben sind.

Dies betrifft alle elementaren Rechte. Es wurde schon darauf verwiesen, dass Statistiken zu Übergriffen gegenüber Angehörigen von Roma Minderheiten wohl eine erhebliche Dunkelziffer aufweisen, weil sie entweder gegenüber kosovarischen Sicherheitsbehörden nicht angezeigt werden oder diese Anzeigen nicht entgegengenommen werden. Zweifellos ist es ebenso schwierig, albanische Übergriffe gegenüber Roma zur Anzeige zu bringen und zu verfolgen, wie umgekehrt die polizeiliche Verfolgung von Straftätern innerhalb der Roma-Communities (oder auch serbischen Enklaven) problematisch ist und zumeist im Sande verläuft. Nicht nur die Möglichkeiten von Straftätern, sich in Siedlungen im Ausland (wie z.B. Montenegro oder Serbien) abzusetzen, sondern auch die fast hermetische ethnische Segregation im Kosovo sind große Hürden.

Dabei ist es unerheblich, ob ethnische oder rein kriminelle Motive bei Übergriffen gegenüber Roma handlungsleitend sind. Die weitgehende Schutzlosigkeit von Roma vor allem außerhalb des engen Raumes ihrer Siedlungen wie auch die Gewähr, dass Straftaten gegenüber Roma nicht verfolgt werden, bringt es mit sich, dass Roma gerade aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zum prädestinierten Ziel von Übergriffen werden können.

Roma haben kaum Zugang zum Arbeitsmarkt. Häufig waren Roma und Ashkali in früheren jugoslawischen Betrieben bzw. Verwaltungsstrukturen beschäftigt, die es nicht mehr gibt. Andere, oft von Roma ausgeführte Tätigkeiten sind nach dem Krieg von Albanern übernommen worden. Die umfassende Diskriminierung lässt Versuche von Roma, eine Stelle zu bekommen oder ein Geschäft zu eröffnen, regelmäßig scheitern. Die Folge ist eine fast 100-prozentige Arbeitslosigkeit bei Roma, gepaart mit einer hohen Abhängigkeit von einer unzureichenden Sozialhilfe. Sozialhilfe ist zudem nur

²⁰ So berichtete der Dänische Flüchtlingsrat, dass, im Rahmen eines groß angelegten, EU-finanzierten Rückkehrprojektes, das explizit die kommunalen Behörden an verantwortlicher Stelle einbeziehen soll, zahlreiche Vertreter von Kommunen schlicht den Kontakt verweigerten. Diese Reaktion ist verständlich wenn man weiß, dass kommunalen Stellen zwar häufig ein Büro für Minderheiten haben, jedoch dieses Büro über keinerlei Budget verfügt. Unter diesen Umständen ist eine Reintegration von Rückkehrern und Minderheiten nicht realisierbar.

in der Gemeinde zu beantragen, in der eine Registrierung vor der Flucht vorlag. Die hier beschriebenen Fälle sind nur zu einem kleinen Teil in ihre Herkunftsgemeinden zurückgekehrt, weil sie den Schutz der Community, die Unterstützung durch bzw. Wohnmöglichkeit bei Verwandten gesucht haben etc. Das schließt sie automatisch vom Recht der Beantragung von Sozialhilfe aus. Eine Sicherung des Überlebens ist somit kaum möglich, die Rückkehrer bleiben auf unabsehbare Zeit vom Wohlwollen ihrer Verwandten im In- und Ausland sowie von der Solidarität ihres sozialen Netzes abhängig. Wo dies nicht existiert oder selbst mittellos ist, droht unmittelbares Elend.

Gesundheitsversorgung ist im Kosovo eine Frage der Finanzen. Der Regierung ist es nicht gelungen, das ehemals gute jugoslawische Gesundheitssystem wieder aufzubauen. Die Folge ist, dass die Gesundheitsversorgung überaus lückenhaft ist. Praktisch sind beinahe alle Leistungen zu haben, allerdings muss für jede Leistung privat bezahlt werden. Das betrifft Medikamente, Behandlungen und auch alle für Behandlungen notwendigen Utensilien, Spritzen, Tupfer, Pflaster, Nadel und Faden etc. Wer einen Behandlungstermin bekommen möchte, muss die beteiligten Ärzte schmieren, oder bekommt vom Krankenhausarzt den Hinweis, dass in seiner Privatpraxis jederzeit ein Termin zu bekommen sei. Gleiches gilt für psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungen. Psychotherapie ist Rückkehrern im Kosovo kaum zugänglich. Entsprechende staatliche oder kommunale Einrichtungen führen nur eine kurze Anamnese durch, anschließend erfolgt eine ausschließlich medikamentöse Behandlung, Arzneimittel sind selbstverständlich vom Patienten zu zahlen. Private Einrichtungen arbeiten auf Basis von Projekten, die von ausländischen Organisationen finanziert werden und beschränkte Zielgruppen haben. Rückkehrer und Abgeschobene aus Deutschland gehören nicht zur Zielgruppe. Die vom BAMF Projekt beschäftigten Psychologen schließlich haben in URA 1 eine kurze traumatherapeutische Ausbildung genossen. Es ist fraglich, welche therapeutische Hilfe sie zu leisten imstande sind.

Schließlich sind alle mir bekannten Therapeuten Angehörige der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Roma, die Verfolgung durch albanische Extremisten erlitten haben, werden nur selten das notwendige Vertrauen aufbringen, sich nun bei Albanern in Behandlung zu begeben. Auch hier sorgt die tiefe Kluft zwischen den ethnischen Gruppen im Kosovo für eine über die allgemeinen Schwierigkeiten hinaus gehende Unzugänglichkeit von Behandlungsmöglichkeiten.

Eine besondere Problematik stellt die Möglichkeit des Schulbesuches dar. Auch hier unterliegen zurückkehrende Roma einem doppelten Ausschlussprozess. Rückkehrerkinder, die in Deutschland sozialisiert worden sind, haben generell Schwierigkeiten mit einer schulischen Reintegration. In der Regel werden sie von Mitschülern gehänselt und gemobbt, sie haben Probleme, weil sie nur unzulänglich oder gar nicht Albanisch sprechen, sie kommen mit dem vergleichsweise autoritären Erziehungsstil nicht zurecht. Schließlich verursacht der Schulbesuch Kosten (Unterrichtsmaterialien, Fahrtkosten), die von vielen mittellosen Familien nicht aufgebracht werden können. Schon die 2008 veröffentlichte Studie »Angeordnete Freiwilligkeit« stellte fest, dass ein erheblicher Teil der Rückkehrerkinder die Schule nicht besucht. Roma-Kinder unterliegen in der Schule noch der weitergehenden Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. Dies beginnt schon mit der Schwierigkeit, ein Kind zum Schulbesuch registrieren zu lassen. Im Fall von Enis Krasniqi gelang es den örtlichen Vertretern von zwei deutschen Rückkehrberatungsbüros erst nach einigen Wochen und intensiven Bemühungen, dass dem Jungen ein Platz an der Schule zugewiesen wurde.

Es ist in der Regel davon auszugehen, dass die Kinder von aus Deutschland zurückkehrenden Roma im Kosovo nicht die Möglichkeit des Schulbesuchs haben, sofern sie nicht außerordentliche Unterstützung bekommen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Zugang zu elementaren Rechten für Roma- und Ashkali-Minderheiten im Kosovo nicht gesichert ist – ja, dass im Regelfall davon auszugehen ist, dass der faktische Zugang für die Mehrzahl abgeschobener RAE-Minderheiten unmöglich ist. Eine Fortsetzung der erzwungenen Rückkehr wird einerseits zu einer weiteren Konzentration der Minderheiten in Enklaven führen, die neben zunehmendem Elend auch Spannungen zwischen Roma und albanischen Nachbarn befürchten lassen; andererseits wird sie den schon beobachtbaren Prozess einer sekundären Migration verstärken, die sowohl in die Elendslager der Nachbarstaaten als auch zurück in westeuropäische Staaten führt. Hier werden mit der Durchsetzung deutschen Ausländerrechts mehr Probleme geschaffen als gelöst.

Ein weiterer Aspekt ist besorgniserregend. Die im Kosovo und Montenegro besuchten Familien hatten häufig schwere gesundheitliche Probleme, deren notwendige Behandlung im Kosovo nicht gesichert ist. Insbesondere Fälle, in denen die arbeitsfähigen Kinder in Deutschland verblieben sind und die kranken Eltern abgeschoben wurden, verweisen auf eine Anwendung der Bleiberechtsregelungen im Sinne einer Selektion nach volkswirtschaftlichem Nutzen, die nach menschenrechtlichen Gesichtspunkten in hohem Maße zweifelhaft ist.



Nachtrag: zum Lagebericht des Auswärtigen Amtes

Der Lagebericht des Auswärtigen Amtes, vorliegend in der Fassung vom 2. 02. 2009, äußert sich außer zu den üblichen »Asylrelevanten Tatsachen« auch ausführlich zu Rückkehrfragen. Als anerkannte Quelle ist der Lagebericht in Antworten von Landesregierungen auf Parlamentsanfragen übernommen worden, desgleichen ist er auch die zentrale Quelle in verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen. Diese Relevanz macht aus dem Lagebericht ein Dokument, das in besonderem Maße sorgfältig erarbeitet sein und der kritischen Überprüfung standhalten sollte.

Ebenso sollte sich der Lagebericht sich an der zugänglichen Faktenlage orientieren. Ein solches Bemühen, verfügbare Quellen auszuwerten, ist im Lagebericht zum Kosovo nicht hinsichtlich aller Bereiche festzustellen.

Wie aus dem hier vorgelegten Bericht deutlich wird, gibt es vier wesentliche Aspekte, die gegen eine Rückkehr/ Rückführung von Minderheiten sprechen

- a)** labile Sicherheitslage/ Gefährdung von Minderheiten
- b)** fehlende Existenzsicherung
- c)** nicht vorhandener Wohnraum
- d)** defizitäre medizinische/ psychotherapeutische Versorgung.

Im Lagebericht werden all diese Aspekte behandelt, jedoch häufig nicht mit der gebotenen Klarheit, und in manchen Aspekten sind die Ausführungen, zieht man die gegebene und zugängliche Quellenlage heran, irreführend.

Zur Sicherheitslage, insbesondere von RAE-Minderheiten, findet sich nur allgemeines. Die Sicherheitslage wird als »weitgehend beruhigt«, aber »weiterhin nicht stabil« bezeichnet (S. 5). An anderer Stelle (S. 11) heißt es, die Lage sei »angespannt, aber stabil«. Auf Seite 10 wird auf die »verbreitete Gewaltbereitschaft und die große Zahl weiterhin kursierender Schusswaffen sowie die Kriminalität (insbesondere organisierte Kriminalität) hingewiesen. Eine Gefährdung von Minderheiten und auch subjektive Gefährdungsgefühle stellt der Bericht lediglich hinsichtlich der serbischen Minderheit fest. Angesichts der Ergebnisse dieses Berichts ist es sehr fraglich, ob hier die Befragungen durch UNDP oder Stellungnahmen von Rückkehrern gegenüber der Deutschen Botschaft ein hinreichend wirklichkeitsnahes Bild liefern, auf dessen Grundlage die Annahmen des Lageberichts getroffen werden. Die ethnische Segregation insbesondere von Roma und ihr Misstrauen gegenüber albanisch dominierten Sicherheitskräften lassen vermuten, dass die meisten Übergriffe nicht in Statistiken einfließen. So verwundert es nicht, dass die offizielle Statistik der kosovarischen Polizei eine »stetige Verringerung von ethnisch motivierten Vorfällen« aufweist (S. 11f).

Hinsichtlich der Diskriminierung verweist der Lagebericht lediglich auf das Anti-Diskriminierungsgesetz und die zahlreichen staatlichen Kontrollinstanzen, die darin enthaltene Diskriminierungsverbote durchsetzen sollen. Hinweise darauf, dass eine Umsetzung noch auf sich warten lässt, finden sich in den folgenden Absätzen zu Übergriffen gegenüber Homosexuellen, die praktisch straffrei bleiben (»nicht immer mit der gebotenen Intensität polizeilich verfolgt werden«, S. 13), einer Gleichberechtigung, die »rechtlich verankert, aber noch nicht verwirklicht« ist (S. 14), sowie weit verbreiteten Misshandlungen und sexueller Gewalt, die »von den Betroffenen aus Angst vor Repressalien oder fehlender sozialer Unterstützung durch Familie und Gesellschaft nur selten zur Anzeige gebracht« werden (S. 14). Warum diese richtig erkannten und dargestellten Implikationen dieser gesellschaftlichen Haltung nicht auch auf die Repression und Diskriminierung von RAE-Minderheiten übertragen werden, ist nicht nachvollziehbar.

Insbesondere sollte zu denken geben, dass (wiederum werden die Statistiken der Kosovo Police herangezogen) unter den Opfern ethnisch motivierter Gewalt kein einziger Angehöriger der RAE-Minderheiten verzeichnet ist.

Auch die Frage der ethnischen Segregation wird nur auf Serben und Albaner bezogen, RAE-Minderheiten werden nicht erwähnt. Sehr richtig stellt der Lagebericht eine »überwiegende Trennung der beiden Gemeinschaften« fest (S. 15). Es wird eine Konzentration der serbischen Bevölkerung auf verschiedene Enklaven verzeichnet. Es ist zu fragen, warum eine mindestens ebenso markante Konzentration von RAE-Minderheiten auf bestimmte Orte und vor allem existierende Communities unerwähnt bleibt. Unterstellt man diesen Konzentrationsbewegungen eine gewisse gesellschaftliche Relevanz, dann muss die Feststellung, dass »Bewegungsfreiheit im ganzen Land (...) gegeben« sei (S. 15), revidiert werden. Wenn fünf Jahre nach den ethnisch motivierten Unruhen 2004 eine Normalisierung nur als verstärkte ethnische Segregation zu haben ist, dann kann dies kaum nur als Auswirkung »subjektiv empfundenen Unsicherheitsgefühls« abgetan werden. Auch der Satz: »Eine Übersiedlung in andere Teile Kosovos ist jederzeit möglich« (S. 17) bedarf der Präzisierung. Zwar können Minderheiten jeden Teil des Kosovo verlassen, es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie in irgendeinem anderen Teil des Landes von der ansässigen Bevölkerung willkommen geheißen werden. Tatsächlich deutet die große Zahl der nach wie vor in der Region lebenden Flüchtlinge und auch das häufige Verlassen des Kosovo gleich nach der Abschiebung darauf hin, dass eine Rückkehr an bestimmte Orte nicht für möglich gehalten wird.

Für viele Roma zählt auch die Mahala in Süd-Mitrovica zu diesen Orten, obwohl inzwischen wieder rund 100 Familien dort leben (bei einer ursprünglichen Bewohnerzahl von 6 - 8.000 Menschen noch nicht das Indiz für eine Normalisierung). Tatsächlich verläuft das laut Lagebericht »großangelegte Wiederaufbauprojekt« (S. 17) extrem schleppend. Gründe sind neben der Unsicherheit (die Mahala wurde 1999 niedergebrannt, teils wieder aufgebaut, und im März 2004 nochmals dem Erdboden gleich gemacht) insbesondere ungeklärte Eigentumsfragen (die Kommune Mitrovica gestattet Neubauten nur auf nachgewiesenem Eigentum, Besitzstreitigkeiten verhindern den Bezug von Häusern), weitgehende Missachtung der Interessen von ehemals ansässigen Roma (erst nach und nach werden sie in den Wiederaufbau einbezogen), sowie die ökonomische und soziale Perspektivlosigkeit²¹. Zahlreiche Voraussetzungen für eine Rückkehr von Roma sind bislang nicht gegeben, eine Wiederbesiedlung wird sich voraussichtlich noch lange Jahre hinziehen. Die Rückkehr von Roma aus Westeuropa in die Mahala wird daran scheitern, dass Wohnraum fehlt. Wiederaufbauprogramme gibt es ausschließlich zugunsten von Flüchtlingen aus der Region.

Die Ausführungen des Lageberichts zur Situation im »Camp Osterode« verdienen besondere Beachtung:

»Die starke Bleibelastung in den Übergangsunterkünften für Roma bei Mitrovica, die durch die Betroffenen aufgrund der Verwertung von Altbatterien zum größten Teil selbst verursacht wurde, stellte in der Vergangenheit ein ernstes Problem dar, das jedoch durch den im März 2006 begonnenen Umzug in das ehemalige KFOR-Camp Osterode weitgehend behoben wurde. Das Camp Osterode, das als Übergangslösung gedacht ist, wird nach wie vor bewohnt. Die Böden wurden versiegelt, das Ausschachten von Batterien ist strikt untersagt. Der Kontaminationsgrad und der allgemeine Ge-

²¹ Vgl. hierzu wie auch zum Folgenden die Stellungnahme von Boris Kanzleiter und Dirk Auer zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur »Situation der Roma in der Europäischen Union, in den EU-Beitrittsländern und im Kosovo« (BT-Drucksache 16/2197),

http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/115/bleivergifteteLager2.pdf

sundheitszustand der Bewohner wird durch ein ausschließlich im Camp tätiges Ärzteteam ständig überwacht. Im Mai 2008 ist die Verantwortlichkeit für das Camp Osterode auf das kosovarische Ministerium für Minderheiten und Rückkehrangelegenheiten übergegangen.« (S. 16f).

Die Passage wurde ausführlich zitiert, weil sie die Lage ausführlich und irreführend darstellt. Die Aussage, dass die Bleibelastung durch die Betroffenen zum größten Teil selbst verursacht wurde, findet sich verschiedentlich in Aussagen der zuständigen UN-Behörden, aber selbst dort selten in dieser starken Form. Eine Mitteilung z.B. des damaligen stellvertretenden UN-Sonderbeauftragten Tom Königs an den Vorsitzenden der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, nennt die toxischen Altlasten der Bleimine und das Ausschachten von Batterien ohne Gewichtung nebeneinander²². Im Buch von Paul Polansky²³ sowie auf der Internetseite der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.²⁴ werden Experten zitiert, die eine derartige Vergiftung durch Verwertung von Altbatterien ausschließen und auf die kontaminierten Böden sowie auf die Gefährdung durch Staub von den toxischen Abraumhalden gegenüber des Camps Osterode verweisen. Auch die OSZE kommt in einem Bericht vom Februar 2009 zu dem Schluss:

»Therefore, the soil contamination appeared to be an obvious source of contamination and concern in the Roma camps. Other sources, such as the lead mine tailings, the lead paint covering most doors and window frames, the food grown on contaminated soil, trans-placental exposure as well as private smelting activities and poor hygienic conditions of the camps, also contributed to the increase in human exposure to lead contamination.«²⁵

Camp Osterode wurde als Übergangslösung angekündigt, doch existiert diese »Übergangslösung« inzwischen seit Anfang 2006. Auch im stark verseuchten Lager Cesmin Lug leben nach wie vor zahlreiche Roma-Familien. Das »Dossier of Evidence«²⁶, eine Untersuchung der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. und der Kosovo Medical Emergency Group (KMEG) vom März 2009 zeigt deutlich auf, dass in diesen und anderen Lagern (u.a. das verseuchte Camp Plementina in der Nähe des Kraftwerks Obilic) weiterhin Roma-Familien massiver toxischer Belastung ausgesetzt sind. Die WHO hat im September 2009 die sofortige Evakuierung der Bewohner von Camp Osterode und Cesmin Lug gefordert, nachdem dies schon im Frühjahr zugesagt worden war²⁷.

Auch eine medizinische Versorgung war bei unserem Besuch nicht festzustellen. Übereinstimmende Aussagen der GfbV und des Roma-Ashkali-Documentation Centre sprechen davon, dass den Camp-Bewohnern in Osterode in unregelmäßigen Abständen (max. einmal wöchentlich) eine Krankenschwester zur Verfügung steht. Ein Bericht der Frankfurter Rundschau vom 8.10.2009, der insbesondere auf Erkenntnissen des entsprechenden Reports von Human Rights Watch²⁸ fußt, stellt fest: »Seit 2007 haben die Vereinten Nationen die medizinische Versorgung der Vergiftungsfälle eingestellt. Es werden keine systematischen Bluttests mehr durchgeführt; die wöchentliche Verteilung

22 Schriftliche Mitteilung von 2005, ohne Datumsangabe. Quelle GfbV-Archiv

23 Paul Polansky: UN-leaded Blood. 2005, ISBN 1879457954, S. 74ff

24 <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=743>

25 OSCE Background Report: Lead contamination in Mitrovicë/Mitrovica affecting the Roma community. Februar 2009

26 <http://www.gfbv.de/uploads/download/download/Dossier%20of%20Evidence.pdf>

27 WHO Regional Office for Europe – Task Force to Alleviate Lead Toxicity Among Roma, Ashkali and Egyptians. Dr. Dorit Nitzan Kaluski WHO-Europe Head Country Office in Serbia: "WHO insists once again that the only solution to the life threatening lead exposure to the Roma, Ashkali and Egyptians in North Mitrovica IDP camps is their immediate evacuation.« Der Volltext der Stellungnahme liegt dem Autor vor. 28 HRW Report Juni 2009 Poisoned by Lead http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kosovo0609webwcover_1.pdf

28 HRW Report Juni 2009 Poisoned by Lead

http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kosovo0609webwcover_1.pdf

von Milch, Obst und Gemüse findet ebenfalls nicht mehr statt – obwohl man da vielleicht von Glück reden kann, denn die Bleibelastung liegt beim örtlichen Gemüse 176 Mal höher als der zulässige Höchstwert.«²⁹

Diese hier nur teilweise zitierte und sich durch die letzten fünf Jahre ziehende Berichterstattung verschiedenster internationaler Organisationen wird vom Lagebericht ignoriert. Abgesehen von dem ganz konkreten Problem massiver Blei- und Schwermetallvergiftungen insbesondere bei Kindern unterstreichen die Berichte die sträfliche Vernachlässigung der Lebenssituation von RAE-Minderheiten im Kosovo. Nicht nur die kosovarische Regierung, sondern auch die verantwortlichen internationalen Organisationen müssen sich dem Vorwurf stellen, in Kenntnis der Sachlage Roma über Jahre hinweg massiver gesundheitlicher Gefährdung ausgesetzt zu haben.

In großer Ausführlichkeit widmet sich der Lagebericht so genannten »Rückkehrfragen«. Hier finden sich wesentliche, teils richtige Angaben zur Verfügbarkeit von Wohnraum, zu Beschäftigungsmöglichkeiten, zur sozialen und insbesondere zur medizinischen Versorgung. So konstatiert der Bericht richtig, dass die Wiederherstellung und Schaffung von Wohnraum für RAE-Minderheiten »problematisch« ist, dass diese selten als Mieter akzeptiert werden, es keinen sozialen Wohnungsbau gibt (S. 19). Dies bleibt der einzige Hinweis auf die umfassenden Diskriminierungen, die RAE-Minderheiten in allen gesellschaftlichen Belangen erfahren.

Der Bericht verweist auf die große Bedeutung informeller Beschäftigungen (»Schwarzarbeit«) für die Existenzsicherung, bezieht jedoch nicht ein, dass für RAE-Minderheiten zumeist nicht einmal informelle Beschäftigungen existenzsichernd ausgeübt werden können.

Der Lagebericht stellt fest: »Sozialhilfeleistungen reichen zur Bestreitung der Grundbedürfnisse kaum aus« (S. 19). Das ist so nicht richtig. Sozialhilfeleistungen reichen nicht aus. Der Personenkreis der Leistungsberechtigten ist sehr eingeschränkt und umfasst längst nicht alle Bedürftigen. Die Höhe der Leistungen (35 Euro für Einzelpersonen und Paare, maximal 75 Euro für Familien, aber nur mit Kindern unter fünf Jahren) reicht nicht zur Deckung des täglichen Ernährungsbedarfs, geschweige denn für andere notwendige Ausgaben³⁰. Beantragt werden kann nur in der Kommune, in der Rückkehrer vor der Flucht registriert waren. Der an das obige Zitat anschließende Satz lautet: »Der Zusammenhalt der Familien (...) sichert das wirtschaftliche Überleben« (S. 19) unterstreicht die Rolle des familiären Netzwerkes für die Existenzsicherung. Was mit »wirtschaftlichem Überleben« gemeint ist, weiß ich nicht, aber in einigen während der Recherche besuchten Fällen sind Rückkehrer auf familiäre Unterstützung angewiesen, um das nackte Überleben zu sichern. Die Frage, was mit Rückkehrern ohne nähere Verwandte im Kosovo passiert, wird im Lagebericht ausgeklammert.

In einige Passagen des Lageberichtes zur medizinischen Versorgung fließen immerhin Erkenntnisse der Alltagserfahrung ein, nämlich, dass medizinische Leistungen (auch formell kostenlose) in der Praxis grundsätzlich privat bezahlt werden müssen, oder dass Medikamente auch der so genannten »Essential Druglist« häufig nicht verfügbar sind. Über weite Strecken stützt sich der Lagebericht allerdings ungeprüft auf Angaben kosovarischer oder anderer Quellen, wobei sich der Sinn dieser Ausführungen manchmal nicht erschließt und einige der Behauptungen jeder realen Grundlage ent-

29 http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/themen/1807622_Das-Leben-der-Roma-ueber-den-zulaessigen-Hoechstwerten.html

30 Personen, die in serbischen Enklaven registriert sind, können allerdings zusätzlich Sozialhilfe bei serbischen Behörden beantragen.



Kranke Roma Frau mit Enkel im bleiverseuchten Lager »Camp Osterode«, Nord-Mitrovica

behren³¹. So sind die Aufnahmekapazitäten der Einrichtung für geistig Behinderte in Sthime nicht »insgesamt (...) weiterhin nahezu ausgeschöpft« (S. 25), sondern sie sind seit Jahren völlig ausgeschöpft. PTBS-Behandlungen im Rahmen des staatlichen kosovarischen Gesundheitssystems werden nicht »primär medikamentös« behandelt (S.25), sondern ausschließlich, abgesehen von einem Anamnese-gespräch und etwaigen Gesprächen bei Kontrollterminen³².

Der Lagebericht verweist ganz korrekt darauf, dass sich die »Versorgungslage im privatärztlichen Bereich verbessert« (S. 22). Im Lagebericht findet sich jedoch kein expliziter Verweis darauf, dass ein Teil der kosovarischen Bevölkerung und die große Mehrzahl der RAE-Minderheiten von den meisten staatlichen und privatärztlichen Leistungen ausgeschlossen sind, weil sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen.

Die Empfehlung des Lageberichtes: »Bei Rückführungen nach Kosovo ist es sinnvoll, dem Betroffenen einen Übergangsvorrat von ständig verfügbaren Medikamenten mitzugeben«, verkennt das Problem des »wohin?«. Der Begriff Übergang macht nur Sinn bei einer lediglich befristeten Mangelversorgung. Deshalb ist zu fragen, wohin ein Übergangsvorrat führt, wenn sich die gesamtgesellschaftlichen

Verhältnisse im Kosovo einschließlich der medizinischen Versorgung keineswegs in den nächsten Monaten erheblich verbessern werden; zum Anderen ist auch bei »freiwilligen«, also unter Abschiedsdruck selbständig Ausreisenden dringend zu empfehlen, dass eine kontinuierliche Versorgung mit Medikamenten aus Deutschland sichergestellt ist.

Auch wenn sich der Lagebericht zu ausführlich in theoretisch Vorhandenem ergeht und die tatsächliche Existenz und praktische Zugänglichkeit von Leistungen vernachlässigt, so ist aus dem ausführlichen Bericht insbesondere zur medizinischen Versorgung herauszulesen, dass der Zugang zu Behandlungen extrem eingeschränkt bis unmöglich ist für Personen und Familien, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. In diesem Licht ist es unerklärlich, dass die hier vorgestellte Auswahl von Fällen zahlreiche, teils sehr schwer kranke Personen umfasst, die in den Kosovo abgeschoben wurden. Eine rein theoretische Möglichkeit der Behandelbarkeit von Krankheiten scheint deutschen Ausländerbehörden und Gerichten auszureichen, um gesundheitliche Bedenken gegen eine Abschiebung beiseite zu schieben. Insbesondere schwer herzkrankte Personen oder Familien mit behinderten Kindern haben im Kosovo keine Lebensperspektive, die mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen ist.

31 Entgegen der im Lagebericht behaupteten Möglichkeiten zu psychotherapeutischer Behandlung stellt der Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, mit dem sich meine Informationen zu den Community Mental Health Center decken fest: »Angeboten wird dort keine Psychotherapie, auch nicht Gruppen- oder Beschäftigungstherapie. Ein Mal pro Woche kommt ein Psychiater, spricht mit den Patienten und überprüft die Medikation.« Schweizerische Flüchtlingshilfe: Kosovo – Zur Lage der medizinischen Versorgung. Update vom 7. Juni 2007. Bern

32 Vgl. zum Verhältnis der an PTBS leidenden Personen im Kosovo und den Behandlungsmöglichkeiten auch: Gierlichs, H. W.: Neue Erkenntnisse zur psychiatrischen Versorgung im Kosovo, ZAR 5/6/2008 185-9

Impressum

Stephan Dünnwald
Kosovo. Bericht zur Lebenssituation von
aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und
Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo

Frankfurt am Main, Oktober 2009

Herausgeber

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24
60069 Frankfurt am Main
Telefon: 069 23 06 88
Fax: 069 23 06 50
E-Mail: proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Spendenkonto 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00